

Partizipation als ein Weg zur Verhinderung sozialer
Ausgrenzung (B3 4105)

Projektbericht

Impressum

Herausgeberin:

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG EJSA)

Wagenburgstr. 26-28

D - 70184 Stuttgart

Tel. +49-711-164 89 0

Fax: +49-711-164 89 21

Mail@bagejsa.de

Redaktion: Sandra Kröger

Satz und Layout: Sandra Kröger

Druck: Copy Center Sander, Tübingen

Stuttgart 2002

Gefördert aus Mitteln der Europäischen Union. Kofinanziert durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	4
I - EINLEITUNG	5
II - BERICHTE DER PROJEKTPARTNER	7
2. 1 Benachteiligung, Ausgrenzung und Partizipation aus Jugendlingsicht – Ergebnisse der Befragung aus Lübeck	7
2. 2 Leipziger Projekte	10
2. 3 The Children's Society	12
2.4 En.A.I.P. Lucca: Soziale Ausgrenzung Jugendlicher und Partizipation	16
III - PARTIZIPATION UND INTEGRATION IN EUROPA - BETEILIGUNGS-STRATEGIEN IM LOKALEN KONTEXT	20
3. 1 Genereller Kontext	20
3. 2 Allgemeine Begriffsbestimmungen	21
3.2.1 Soziale Ausgrenzung	21
3.2.2 Partizipation	22
3.2.3 Nationale Unterschiede	23
3.3 Begriffsbestimmungen innerhalb des Projekts	24
3.3.1 Soziale Ausgrenzung	24
3.3.2 Partizipation	26
3.4 Praktische Erfahrungen / Erkenntnisse	29
3.5 Empfehlungen	34
3.6 Bibliographie	36
IV - KONFERENZDOKUMENTATION	40
V - INVOLVIERTE PERSONEN	48

Vorwort

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit ist ein evangelischer Fachverband, der sich seit vielen Jahren in der mobilen Jugendarbeit, in der gemeinwesenorientierten Arbeit und in der Stadtteilarbeit mit benachteiligten Jugendlichen engagiert.

Durch die Fachtagung des DW der EKD in Berlin im Juni 2000 „Führt die Markt-orientierung sozialer Dienste zu sozialer Ausgrenzung“ inspiriert und durch die EU-Haushaltslinie B3 4105 „Vorbereitende Maßnahmen zum Aktionsprogramm – Bekämpfung und Verhinderung von sozialer Ausgrenzung“ angeregt, war der Entschluss schnell gefasst, ein Projekt zu beantragen, in dem

- die Beteiligung Jugendlicher
- die Auswertung der Erfahrungen von Einrichtungen und deren MitarbeiterInnen in verschiedenen Ländern
- ein Erkenntnisgewinn auf europäischer Ebene zu erreichen wären.

Schnell waren auch die inhaltlichen Ziele des Projektes klar:

Erstens sollte in den verschiedenen Ländern versucht werden, soziale Ausgrenzung zu definieren und Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

Zweitens sollte verglichen werden, wie Partizipation von benachteiligten Jugendlichen im Stadtteil in den verschiedenen Einrichtungen umgesetzt und erreicht werden kann und ob schließlich folgende, von uns aufgestellte Hypothese verifizierbar ist:

Durch Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil kann soziale Ausgrenzung bekämpft bzw. sogar verhindert werden.

Soviel zum Plan.

Die Umsetzung des Projektes war dann noch viel spannender als die Konzipierung. Wir stellten fest, dass wir doch sehr viel voneinander lernen können in Europa, dass z. B. die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen nahezu unbegrenzt sind, wenn man es richtig

macht. Dafür müssen gewisse Sozialisationsbedingungen, teilweise die Tradition und vor allem die Bereitschaft vorhanden sein, Jugendliche zu beteiligen. Da konnte ich und konnten wir in Deutschland einiges von unserer Skepsis ablegen.

Das Projekt ist nun zu Ende, es ist gelungen, und man kann ganz ohne Bescheidenheit sagen: sehr gut gelungen. Dies ist der Projektleiterin, Sandra Kröger, ihrem Engagement, ihrer Fachkenntnis und ihrer Geduld zu verdanken, aber natürlich auch den vier beteiligten Projekten, deren MitarbeiterInnen und den Jugendlichen.

Es war ein Projekt, bei dem es nicht nur um Partizipation ging, sondern es war ein „echtes“ Beteiligungsprojekt. Dafür allen, die dazu beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön. Das Beste ist: es wird nicht folgenlos bleiben. Die Partizipation wird uns in unserer verbandlichen Arbeit und in der europäischen Netzwerkarbeit weiter begleiten, als nächstes bei der Umsetzung des Weißbuches „Jugend“. Und darauf freuen wir uns. Vielleicht mit Ihnen?

MICHAEL FÄHNDRICH,

GESCHÄFTSFÜHRER BAG EJSA

STUTTGART, MAI 2002

I - Einleitung

18 Monate lang haben sich die an dem EU-Projekt "Partizipation als ein Weg zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung" beteiligten Projektpartner¹ mit den Fragen sozialer Ausgrenzung und sozialer Integration sowie der Beteiligung sozial ausgegrenzter Jugendlicher auf Stadtteilebene beschäftigt.

Während dieses Projektes gab es zwei parallele Prozesse: zum einen haben sich die jeweiligen ProjektkoordinatorInnen getroffen (fünf mal), um bestimmte Begriffe zu diskutieren, zu definieren und partizipative Strategien gegen soziale Ausgrenzung zu entwickeln. Zum anderen sind Jugendliche auf lokaler Ebene eingeladen worden, über "soziale Ausgrenzung" und "Partizipation" nachzudenken, sich auszutauschen, sie zu definieren. Dabei ist eine große kreative Vielfalt zu beobachten gewesen: mal wurden Fragebögen selbst entworfen und ausgewertet, ein anderes Mal wurde eine CD-Rom entwickelt; hier wurde in die Schule gegangen, dort wurde ein Rollenspiel entwickelt - immer jedoch wurde auch diskutiert.

Ein weiteres Ziel des Projektes war schließlich, den Aufbau lokaler sozialer Netzwerke zu fördern bzw. konkret anzustreben. Dies wurde sicherlich ein ganzes Stück weit unterstützt; gleichzeitig konnte auch beobachtet werden, dass die Anliegen (benachteiligter) Jugendlicher nicht unbedingt immer im Zentrum der angesprochenen Erwachsenen stehen, erst recht nicht, wenn es darum geht, Macht an sie abzugeben.

Die Projektgruppe sieht die Resultate als eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung europäischer Strategien zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung. Dabei wird vor allem darauf zu achten sein, einen noch engeren Nexus zwischen dem Phänomen "soziale Ausgrenzung" und dem Anspruch umfassender "Partizipation" herzustellen.

¹ The Children's Society, Ente Acli Istruzione Professionale (ENAIP), Interkulturelles Kontaktbüro, Interkulturelles Netzwerk sowie Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA)

Abschließend ist es der Projektgruppe wichtig, an dieser Stelle einige Punkte hervorzuheben:

1. Die Bedeutung transnationaler Kooperationen kann nicht überschätzt werden. Sie sind unabdingbare Voraussetzungen für ein zusammenwachsendes Europa. Nur durch den grenzüberschreitenden Dialog können aus Fremden FreundInnen werden, nur durch die gezielte Auseinandersetzung mit der Situation vergleichbarer Arbeitsbereiche in anderen Ländern und das damit gewonnene Wissen wird Europa plastisch, werden sich Menschen mit Europa identifizieren.

2. Dies bedeutet konkret die Notwendigkeit, sich über - unterschiedlich besetzte - Begriffe und Konzepte klar zu werden. Diese "Begriffsarbeit" ist unersetzlich, um andere kulturelle, soziale und politische Räume verstehen und gesamtgesellschaftlich einordnen zu können. Und wo kein Verstehen ist, da ist Dialog nur sehr bedingt möglich, da wird Europa nicht zusammenwachsen. Unerlässlich für diesen interkulturellen Dialog sind kompetente ÜbersetzerInnen, die über die rein sprachliche Übersetzung hinaus interkulturelle VermittlerInnen sind und dadurch den Austausch teilweise erst ermöglichen. In dieser Hinsicht hatten wir großes Glück.

3. Neben der Möglichkeit zu erfahren, wie in anderen Ländern spezifische Themen diskutiert werden, besteht die seltene Gelegenheit, sich darüber auszutauschen, wie soziale Arbeit vor Ort jeweils organisiert wird, was gut und was weniger gut läuft - Austausch von best und worst (!) practice. Dieser Austausch ist in dem Moment, in dem sich das soziale Gesicht Europas grundlegend zu wandeln scheint, besonders wichtig, um sich rechtzeitig an sich ankündigende Veränderungen anpassen bzw. sie gemeinsam kritisieren zu können.

4. Ein weiterer Punkt, der uns als wichtig erscheint, ist der direkte Austausch zwischen Fachleuten und Jugendlichen. Erst durch den Dialog zwischen den Generationen wird es möglich, einander kennen und verstehen zu lernen und in der Folge ein partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen, das durch Empathie und Vertrauen geprägt ist.

Dieser erfolgte hier sowohl lokal als auch international (während der Konferenz). Die direkte Begegnung ist auch deshalb so wichtig, weil ohne sie an den Bedürfnissen, Interessen und Meinungen der Jugendlichen vorbei geplant und gehandelt und "Partizipation" somit zur Farce wird.

5. Rückblickend war für uns die Konferenz in Brüssel unangefochtener Höhepunkt des Projektes. Dies lag daran, dass hier die euro-päische Dimension unserer Anstrengungen für viele wirklich deutlich wurde, dass die Jugendlichen hier im Vordergrund standen und wir die Resultate der bisherigen Arbeit einem breiteren Publikum vorstellen konnten. Generell muss auch die Bedeutung der direkten face-to-face Begegnung betont werden, die unersetzlich ist für das Aufbauen von Partnerschaften und grenzüberschreitenden Kooperationen. Gerade in der transnationalen Zusammenarbeit bedarf es dieser realen Treffen, um Vertrauen aufzubauen und kulturelle Unterschiede leichter verständlich zu machen - bevor sie zu Barrieren werden.

6. Schließlich muss die Wichtigkeit der Projektförderung durch die EU im sozialen Bereich unterstrichen werden. Diese reduziert sich faktisch nicht allein auf die finanzielle Unterstützung, sondern hat neben den bereits erwähnten Aspekten des grenzüberschreitenden Dialogs und des Austauschs von Best practice vor allem auch zur Folge, dass die geförderten Bereiche lokal und national ein politisch größeres Gewicht erhalten.

7. In die Zukunft blickend ist es uns wichtig, die hier erreichten Resultate zu verstetigen und zu streuen. Dies bedeutet einerseits, dass wir die entwickelten Strategien und Empfehlungen an die entsprechenden lokalen und nationalen Stellen weiterleiten werden. Vor allem aber bedeutet es, dass wir die Erkenntnisse und Erfahrungen in unsere jeweiligen Organisationen und insbesondere auch in unsere jeweiligen lokalen Netzwerke verstärkt einbringen werden.

Abschließend möchten wir betonen, dass uns Feedback ausgesprochen wichtig ist, um dadurch die Qualität des Erreichten noch besser einschätzen zu können.

Ein paar Worte zum Aufbau der vorliegenden Dokumentation.

In einem ersten Schritt berichten die Projektpartner von dem Projektverlauf vor Ort, ihren Erfahrungen und Erkenntnissen (II).

Der Text im anschließenden Teil der Dokumentation fasst die – bis zur Konferenz in Brüssel - einjährige Arbeit und Analyse der Steuergruppe zusammen (III). Die konkrete Darstellung der Arbeit mit den Jugendlichen vor Ort wurde an dieser Stelle mehrheitlich ausgeklammert, da diese in den Berichten der jeweiligen Projektpartner dargestellt wird.

Zunächst wird hier der generelle gesellschaftliche Kontext skizziert, innerhalb dessen Jugendliche heute aufwachsen und mit welchen Risiken dieser Kontext verbunden ist (3.1). In einem zweiten Schritt werden allgemein anerkannte Definitionen zu den Begriffen "Soziale Ausgrenzung" und "Partizipation" gegeben, nicht jedoch, ohne auf die jeweils zu beobachtenden nationalen Unterschiede hinzuweisen (3.2). Anschließend werden die Arbeitsergebnisse - Definitionen, Analyse und konkrete Erfahrungen - der Projektgruppe sowie vereinzelt der Jugendlichen wiedergegeben (3.3). Beendet wird der Text durch die von uns entwickelten Empfehlungen, die die Projektgruppe der Europäischen Kommission geben möchte (3.4).

Im letzten Teil wird die Konferenz, die vom 27.2.-1.3.2002 in Brüssel stattfand, dokumentiert (IV). Der Anhang schließlich beendet die Dokumentation mit einer "Photogalerie" der Konferenz sowie dort formulierten Ideen zum Projektthema.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und gehen weiter auf dem Weg nach Europa.

**SANDRA KRÖGER,
PROJEKTLEITUNG,**

BAG EJSA

STUTTGART, MAI 2002

II - Berichte der Projektpartner

2. 1 Benachteiligung, Ausgrenzung und Partizipation aus Jugendlingsicht – Ergebnisse der Befragung aus Lübeck

Projektpartner in Lübeck ist das Modellprojekt Interkulturelles Netzwerk der Gemeinde-diakonie Lübeck².

Vorgehensweise

In Kooperation mit dem Internationalen Bund, Projekt Straßensozialarbeit wurde eine Gruppe von interessierten Stadtteil-Jugendlichen (Ø 10-12 im Alter von 14-18 Jahren) gesucht und gefunden. Anfangs diskutierten die Jugendlichen über das Thema Ausgrenzung und Beteiligung und entwickelten einen Fragebogen hierzu. Sie ließen ihn dann in ihren Schulen ausfüllen. Insgesamt wurde daraus eine Datengrundlage von 205 ausgefüllten Fragebögen.

Die Auswertungsergebnisse wurden einem Beirat vorgelegt, der sich zusammensetzt aus 17 verschiedenen sozialen Akteuren maßgeblicher Institutionen, beteiligten Jugendlichen sowie der jugendpolitischen VertreterInnen der Fraktionen der SPD, der CDU und des Bündnisses 90/ der Grünen. Der Beirat ging in vier Sitzungen der Frage nach, inwiefern die Ergebnisse praktisch umsetzbar sind und in politische Handlungsfelder einfließen können.

Erfahrungen bei der Durchführung

Wir konnten die Erfahrung machen, dass die Jugendlichen ein starkes Interesse am Thema hatten und untereinander heftig diskutiert wurde. Hierbei war es wichtig, dass zwischen Diskussion, Planung des Fragebogens, Erhebung und Auswertungsergebnissen ein enger zeitlicher Zusammenhang bestand, da sonst das Durchhaltevermögen schnell gesunken wäre.

Die Rückvermittlung der Ergebnisse in den Beirat erwies sich als schwierig. Viele Beiratsmitglieder sind nicht regelmäßig erschienen, besonders die politischen VertreterInnen. Meist waren andere Termine der Grund. Dadurch wurde zum einen eine intensive Auseinandersetzung erschwert und zum anderen sank die Motivation der

Jugendlichen, die sich zu Recht nicht ernst genommen fühlten.

Ausgewählte Ergebnisse³

Beschäftigen wir uns mit den Themen Benachteiligung, Ausgrenzung und Partizipation bei Jugendlichen, so müssen wir zwischen Definitionen aus der Sicht von Fachleuten und der Sicht der Jugendlichen unterscheiden.

Die Ergebnisse unserer Befragung haben ergeben, dass für Jugendliche einige Faktoren zu Benachteiligungs- und Ausgrenzungsprozessen gehören, die in der Fachdebatte nicht berücksichtigt wurden. Diese seien im Folgenden vorgestellt und erläutert.

Wenden wir uns jedoch vorerst den Faktoren zu, bei denen Einigkeit über deren Benachteiligungspotential herrscht. Hierzu gehören:

- *Unsicheres oder geringes Einkommen/ Arbeitslosigkeit der Eltern*

In unserer Befragung sind 9 % der Familien von Arbeitslosigkeit betroffen. Angenommen werden kann, dass für Jugendliche

nicht der Status der Arbeitslosigkeit an sich ein Ausschlusskriterium ist, sondern der Ausschluss von materiellen Möglichkeiten. Dies kann wesentliche Auswirkungen auf das Beziehungsnetz haben (z.B. mangelnde Anerkennung etc.).

- *Fehlende / mangelnde Ausbildung und Bildung (z.B. sprachl. Fähigkeiten)*

Als schwer schätzen 7% der Befragten die Anforderungen in der Schule ein. 7% schätzen ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt als schlecht, weitere 38% als unsicher ein. Rund 30% glauben nicht, mit ihrem Schulabschluss ihren Traumjob zu erreichen. Hinzu kommt, dass 17% keine Unterstützung für die Schule erhalten. Insgesamt verbirgt sich hier ein zu berücksichtigendes Benachteiligungspotential, wenn man bedenkt, wie wichtig Schulabschluss und Ausbildung sind.

Defizite in den sprachlichen Fähigkeiten gaben wenig Jugendliche an. Der Hinweis unseres Beirats geht jedoch in eine andere Richtung. So wird von erheblichen Sprachmängeln bei deutschen und auch ausländischen Jugendlichen berichtet. So wird das Lesen und Erfassen einfacher Zusammenhänge für einige

² Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

³ Die ausführlichere Dokumentation kann beim Interkulturellen Netzwerk erfragt werden.

Jugendliche schon zur Schwierigkeit. Da Kommunikation eine wichtige Schlüsselqualifikation darstellt, sollte hierauf ein besonderes Augenmerk liegen. Jugendliche scheinen sich dessen, nach den Ergebnissen des Fragebogens, nicht bewusst zu sein bzw. sehen keine Problematik in ihren Sprachfähigkeiten.

- *Kein / ein unsicheres soziales Beziehungsnetz*
Das soziale Beziehungsnetz umfasst das gesamte Umfeld der Jugendlichen, d.h. die Familien, FreundInnen, LehrerInnen, MitschülerInnen und andere für sie wichtige Ansprechpersonen. 9% der Befragten gaben an, ein schlechtes oder sehr schlechtes Verhältnis zu ihren Eltern zu haben. Erschreckende 5% haben

weder Eltern noch Freunde als Ansprechpartner bei Problemen.

Kein Vertrauen in die LehrerInnen ist bei 20% der Befragten zu verzeichnen.

Auch Trennungs- und Scheidungssituationen können (müssen nicht) Indikatoren

für ein belastetes Beziehungsnetz sein. 23% leben in Ein-Eltern-Familien, 14% in Patchworkfamilien.

- *Zugehörigkeit zu einer strukturell diskriminierten Minderheit (z.B. ethnische Minderheiten, Flüchtlinge, Behinderte, andere sexuelle Orientierungen, Religionen etc.)*

22% der Jugendlichen benennen AusländerInnen als ausgegrenzte Gruppe. Auch wird eine persönliche Betroffenheit deutlich. Von den befragten Jugendlichen wurden insgesamt 42 schon mal aufgrund ihres Glaubens verachtet oder als AusländerIn beschimpft. Dies könnten fast alle der ausländischen Befragten sein (43), wobei unklar ist, ob

nicht auch Deutsche (bspw. mit Ausländerstatus) diese Antwort gaben.

Ein Faktor der von der Fachwelt, jedoch anscheinend nicht von den Jugendlichen, thematisiert wird ist der

- *Fehlender Zugang zu sozialen Diensten*
Keine(r) der Befragten wendet sich bei Problemen an Beratungsstellen, Jugendamt oder andere Jugendeinrichtungen. Lediglich eine(r) an Sozialpädagogen. Der Beirat

berichtet dagegen von vielen SelbstmelderInnen. Hier muss differenziert werden, wann sich Jugendliche an ein Amt wenden.

So sind Jugendliche meist schon sehr stark unter Druck und haben bereits andere Personen angesprochen, bevor der Gang zum Amt gewählt wird. Angeregt werden sollte an dieser Stelle jedoch die Diskussion, inwiefern das Jugendamt oder andere Einrichtungen nicht Bedingungen schaffen können, die es Jugendlichen erleichtern, bei Problemen dort Ansprechpartner zu finden, und zwar nicht erst, wenn die Situation schon katastrophal scheint.

Für Jugendliche ist ein weiterer Faktor wichtig, wenn es um benachteiligte Positionen oder gar Ausgrenzung geht. Persönliche Ausgrenzung wird dabei auf die Clique, auf Gleichaltrige bezogen. Der Faktor bezieht sich auf **Mangelerfahrungen hinsichtlich bestimmter Konsumgüter**, die jugendkulturelle Bedeutung besitzen. So sind Markenklamotten und Mobiltelefone für die Akzeptanz unter Jugendlichen wichtige Utensilien. Ohne Markenklamotten in die Schule zu gehen, wird von 15% als problematisch angesehen. Folge wäre Nichtbeachtung und Gelächter. Von 205 Antworten finden insgesamt 57 Jugendliche etwas wichtig, was sie nicht besitzen. Davon 22 in bis zu vierfacher Hinsicht. Diese rund 10% müssten sich in der Gleichaltrigen-Szene als sehr benachteiligt fühlen.

Die Antworten der Jugendlichen auf die Frage, wer in der Gesellschaft ausgegrenzt ist, lassen sich in vier unterschiedliche Kategorien aufteilen:

Kulturell (Ausländer, Deutsche)

Sozial (Penner, Unsaubere, Arme, Drogenkonsumenten)

Körperlich (Dicke, Behinderte, Hässliche, schlecht Gekleidete)

Geistig/ ideologisch (politisch extrem orientierte Gruppen, Streber)

Die Befragung ergab, dass Ausgrenzung weitgehend als selbstverschuldet angesehen wird. Eine tendenzielle Fremdverschuldung wird lediglich den kulturell bedingten Ausgrenzungen, also den AusländerInnen und Deutschen, zugestanden.

Die Nachfrage, wie die Personengruppen wieder eingegliedert werden können, wurde mehrheitlich damit beantwortet, dass die selbstverschuldet Ausgegrenzten selbst tätig werden sollen, um

wieder eine Integration zu erreichen. Die tendenziell fremdverschuldet Ausgegrenzten sollen zwar auch selbst tätig werden, hier wurden aber auch der Staat und andere Personen als Zuständige genannt.

Interpretationsansätze:

Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass materielle Werte eine feste Bezugsgröße in der Jugendszene sind. Mobiltelefone und Markenklamotten sind für eine Integration innerhalb der Gruppe notwendige Besitztümer. Auch scheint das Motto „Jeder ist seines Glückes Schmied“ in der Gruppe der Jugendlichen auf breite Zustimmung zu stoßen. Wer sich selbst ins Abseits stellt, muss sich auch selbst wieder integrieren. Dabei spielen strukturelle Gegebenheiten weniger eine Rolle. „Penner sollen sich waschen, Dicke, Behinderte, Hässliche oder schlecht Gekleidete sollen halt so werden wie die anderen.“

Bei diesen Aussagen ist zu berücksichtigen, dass Benachteiligungen und Ausgrenzungen nach unseren Erfahrungen für viele Jugendliche als „Normalzustand“ zu sehen ist, was die Interpretation anders gewichtet.

Diese Einstellung beinhaltet ein Isolationspotential und für die Jugendlichen einen enormen Druck. Sie sind für alles selber verantwortlich, „Schwachheit und out sein“ ist nicht angesagt. „Wer keine Markenklamotten hat, soll sie sich gefälligst besorgen“, sonst ist er/sie nicht cliquenfähig. Die Jugendlichen haben hier die Attribute einer Leistungs-gesellschaft stark verinnerlicht.

Für PädagogInnen beginnt an dieser Stelle die schwierige Arbeit, Werte wie Toleranz und Solidarität (auch mit Schwächeren) und die Wichtigkeit für menschliches Miteinander Jugendlichen zu vermitteln. Umso schwieriger und widersprüchlicher wird diese Aufgabe vor dem Hintergrund der existierenden Leistungsgesellschaft, die die Jugendlichen außen vor lässt, besonders bei auftretenden Problemen und non-konformem Verhalten.

Um diesen Widerspruch aufzulösen, müssen in gemeinsamer Anstrengung PolitikerInnen, PädagogInnen, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen Strukturen schaffen, die eine solidarische und gemeinschaftliche Atmosphäre wieder zulässt.

Beteiligung – Wie, wozu und mit wem ?

Wir haben in unseren Interviews nachgefragt, was Jugendliche interessiert, wie sie sich Beteiligung vorstellen können und mit wem.

Sehr wichtig finden Jugendliche eine gute Ausbildung (93%) sowie eine Arbeit, die Spaß macht (83%). Sicherheit auf den Straßen fanden 73% sehr wichtig, gefolgt von einer gesunden Umwelt mit 65%. Viel Freizeit finden die Hälfte der Antwortenden noch sehr wichtig. Sehr schlecht dagegen schneidet das Thema Politik ab. Lediglich 10% finden Politik sehr wichtig. 39% gaben an, dass sie das Thema überhaupt nicht interessiert. Die viel zitierte Politikverdrossenheit scheint sich hier zu bestätigen. Frage bleibt jetzt: was tun Politiker der unterschiedlichen Fraktionen, wenn es um die Einbindung von Jugendlichen geht, deren Interessenvertretung und vor allem der Vermittlung der Wichtigkeit von politischem Interesse in einer demokratischen Gesellschaft?

Eindeutig waren die Nennungen hinsichtlich der Frage nach fehlenden Einrichtungen. Alles rund um die Freizeit wurde benannt. Ein Jugendtreff, Disco für Jüngere und ab 16 Jahren, Party- und Hobbyräume, ein Internetcafe, ein Skatepark, Bolz- und Sportplätze führten die Rangliste an. Jugendliche wünschen sich eine Anlaufstelle in der Nähe, wo sie sich treffen und ihre Freizeit verbringen können. In dem betreffenden Stadtteil, der 28 km² groß ist, gibt es nur einen abgelegenen Jugendtreff, der unattraktiv ausgestattet und für sie schwer zu erreichen ist. Informelle Treffpunkte, wie Spielplätze, Bushaltestellen, Parkplätze etc. verursachen oft Konflikte mit den AnwohnerInnen und der Polizei.

Was Jugendliche in ihrem Stadtteil verändern würden waren: weniger Autos, mehr Sicherheit im Verkehr, Modernisierung der Straßen, Häuser und Schulen, mehr Grünflächen und eine saubere Stadt. Auch hier der Wunsch nach gepflegter Ordnung und Äußerlichkeit. Ebenso wurde das Verhalten der Menschen angesprochen. Alle sollen sich freundlich und gewaltlos verhalten, sauber sein und weder Drogen nehmen noch Zigaretten rauchen. An sozialem und politischem Engagement sind der Tier- und Umweltschutz gefragt.

Schlußfolgerungen

Diskutiert werden kann jetzt, ob man versucht, der „Ordnungsliebe“ der Jugendlichen

entgegentzukommen oder ob nicht auch andere Faktoren ursächlich hierfür sind.

So kann der Wunsch nach einem geordneten Äußeren aus der generellen Orientierungslosigkeit der Jugendlichen resultieren und den Wunsch nach Norm- und Wertevermittlung transportieren. Wenn dies so wäre, wie könnte man diese wieder vermitteln?

Oder wollten die Jugendlichen in den Fragebögen nur „richtig“ antworten?

Die Ergebnisse können keine endgültigen Aussagen treffen, sie können aber der Anfang für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Jugendlichen sein, um dem näher zu kommen, was Jugendliche unter Partizipation verstehen und wie sie diese wollen. Die Chancen für Beteiligungsformen scheinen denn auch nicht ungünstig. So hätten zum Beispiel 69% Interesse an einem Engagement im Stadtteil.

Wir müssen jetzt zusammen mit den Jugendlichen Methoden entwickeln, die die Phantasie, Kreativität und Motivation anregen und eine Atmosphäre bzw. Strukturen schaffen, dass Partizipation wirklich möglich wird. Bei der Mitbestimmung von Jugendlichen darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Die Vorstellungen der Jugendlichen sind oftmals sehr konkret und auch realistisch – allerdings für Erwachsene unbequem. Es gilt, diese Vorstellungen ernsthaft in die Arbeit der einzelnen Institutionen mit ein zu beziehen. Für unsere Arbeit bedeutet dies, dass wir auch nach Beendigung des Projektes intensiv zu den Themenkomplexen arbeiten müssen und werden.

**SUSANNE SAMELIN
(INTERKULTURELLES NETZWERK)**

**MICHAEL KLEIN
(INTERNATIONALER BUND)**

**NINA WÄCHTER
(INTERNATIONALER BUND)**

2. 2 Leipziger Projekte

1. Sozialer Kontext der Leipziger Projekte

Leipzig ist eine Stadt mit derzeit etwa 490.000 Einwohnern. Als traditioneller Verkehrsknotenpunkt sowie gewachsenes Messe- und Handelszentrum entwickelte sich Leipzig in den letzten hundert Jahren zu einer Großstadt europäischer Dimension, die innovativ auf die Entwicklung der Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Kultur ausstrahlte. Dennoch steht die Stadt heute, wie auch andere ostdeutsche Großstädte, vor erheblichen Herausforderungen. Eine hohe Arbeitslosigkeit von etwa 18 Prozent, ein Wohnungsleerstand von etwa 60.000 Wohnungen und die Finanznot der Öffentlichen Hand sind die derzeit drängen-den Probleme.

Die unterschiedliche Entwicklung der Stadtviertel wird besonders im Osten der Stadt, einem traditionellen Arbeiterwohngebiet, deutlich. Unsanierete und leerstehende Häuser, aufgegebene Geschäfte und Betriebe sind hier überproportional zu finden. Durch Abwanderung der sozial vitaleren Bewohner sind Tendenzen gesellschaftlicher und sozialer Polarisierung erkennbar.

Die Projektleitung des Leipziger Teilprojektes lag beim Interkulturellen Kontaktbüro, einem Modellprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der Trägerschaft der Ökumenischen Sozialstation Leipzig Süd-West e. V. zur Integration junger MigrantInnen.

Aufgabe des Interkulturellen Kontaktbüros ist es, die Rahmenbedingungen der Integrationsarbeit festzustellen und die Öffnung der Regelangebote für MigrantInnen zu fördern. Da das Interkulturelle Kontaktbüro selbst kein Träger von Jugendarbeit ist, wurden fünf Projekte gemeinsam mit Kooperationspartnern durchgeführt, vier davon im Leipziger Osten.

Ein stadtteilübergreifendes Projekt fand im Verein der Vietnamesen in Leipzig e.V. statt. Die Vietnamesen sind eine der drei größten in Leipzig vertretenen Migrantengruppen.

Die Leipziger Projektpartner in Leipzig waren:

- der Freizeittreff Rabet des Jugendamtes Leipzig
- der Verein der Vietnamesen in Leipzig e. V.
- der Offene Kinder- und Jugendtreff "Tante Hedwig" des Internationalen Bundes
- der Bürgertreff Volk Marsdorf in der Trägerschaft von Doppelspitze GbR

- das Leipziger Kinderbüro e.V.

2. Kurzdarstellung der Einzelprojekte hinsichtlich ihres Inhalts und der wichtigsten Ergebnisse:

2.1 Schulprojekt

Ziel des ersten Teilprojektes war es, Einstellungen und Wahrnehmungen von Jugendlichen zu "sozialer Benachteiligung", "sozialer Integration" und "sozialer Ausgrenzung" in Bezug auf ihre Lebenswelt kennen-zulernen. Zielgruppe waren drei 8. und 9. Klassen an Mittelschulen und eine 8. Klasse an einem Gymnasium. Die Zusammenfassung der entworfenen "Meinungsbilder" zeigt, dass Benachteiligung besonders stark in den Bereichen Familie, Peer-Group und Schule hervorgehoben wird.

Weiterhin wurden häufig materielle Unterschiede als Benachteiligung für die finanziell schlechter Gestellten sowie Chancenungleichheit auf einen Ausbildungsplatz benannt. Soziale Benachteiligung und Ausgrenzung sozialer Randgruppen wurden von den Befragten jedoch nur gering wahrgenommen.

2.2 Freizeitstättenprojekte

Zwei weitere Ansätze wurden im Rahmen der Offenen Jugendarbeit in zwei Freizeittreffs gestartet. Projektinhalte waren der Dreh eines Videos im Wohngebiet über Benachteiligung und Ausgrenzung sowie die Erarbeitung eines Fragebogens durch Jugendliche für Jugendliche, mit dem die jugendspezifische Sichtweise zu Benachteiligungsgründen ermittelt werden sollte.

Das anfängliche Interesse der TeilnehmerInnen flachte ab, so dass eine Weiterführung der Projekte nicht mehr möglich war. Als Teilergebnis stehen die von den Jugendlichen in Rangfolge aufgestellten Themenkomplexe für die Benachteiligungs-indikatoren:

1. Familie, 2. Arbeit, 3. Schule / Freizeit / Freundschaft / Liebe, 4. Geld, 5. Drogen, 6. Gewalt und 7. Zukunft / Veränderungen.

Die Gründe für den Abbruch dieser beiden Projekte lagen generell in der Unverbindlichkeit der Jugendlichen in der Offenen Jugendarbeit und konkret daran, dass sich die "Gruppe Jugendlicher" nach Projektstart umorientierte

bzw. ihr Interesse auf illegale Drogen richtete. Der Abbruch der Projekte machte Hindernisse deutlich, die einer erfolgreichen Umsetzung von Partizipation von Jugendlichen im Wege stehen und überwunden werden müssen.

2.3 Photopädagogischer Kurs in einer Schulprojektwoche

Ein indirekter Zugang zum Thema Benachteiligung und Partizipation wurde im vierten Projekt gewählt. Im Rahmen der Projektwoche in einer Mittelschule wurde mit Hilfe eines photopädagogischen Kurses die Selbstwahrnehmung von Einstellungen und die Entwicklung dieser Einstellungen aufgrund von Partizipation betrachtet. Ziel war es, die Kenntnisse der Teilnehmer zu erhöhen und damit eng verbunden das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit zu verbessern. Vor und nach Abschluss der Projektwoche wurden die Einstellungen der Jugendlichen mit Hilfe von standardisierten psychologischen Tests gemessen.

Als Ergebnis wurde eine Steigerung des Selbstbewusstseins und eine Verringerung des Abhängigkeitsgefühls besonders bei Mädchen festgestellt. Dies sind notwendige mentale Voraussetzungen, um aktiv Benachteiligungen zu überwinden und angemessen an den Ressourcen unserer Gesellschaft partizipieren zu können.

2.4. Befragung der Migrantengruppe der Vietnamesen

Ein letztes Projekt war nicht auf den Stadtteil, sondern auf die Migrantengruppe der VietnamesInnen bezogen. Ziel war die Entwicklung eines Fragebogens mit TeilnehmerInnen des Deutschkurses für vietnamesische Jugendliche und junge Erwachsene und die Befragung der Jugendlichen zur spezifischen Betrachtung von Benachteiligung / Ausgrenzung und Integration von vietnamesischen Mitbürgern.

Folgende Ergebnisse sind zu verzeichnen:

- Benachteiligung wird empfunden durch fehlende Sprachkenntnisse und durch Arbeitsverbot sowie eingeschränkte Bewegungsfreiheit für Asylbewerber
- Objektive vorhandene Beeinträchtigungen durch geringes Einkommen, beengte Wohnverhältnisse werden erlebt aber

gelassener wahrgenommen, da die Bedingungen im Herkunftsland wesentlich schwerer waren

- Eigene Diskriminierung wird wahrgenommen, dennoch besteht eine positive Einstellung gegenüber den Deutschen
- Hohes Maß an Integrationsbereitschaft in die deutsche und europäische Gesellschaft, die Sprachbarriere wird als wichtigstes Integrationshindernis bezeichnet.

3. Beobachtungen

Folgende Beobachtungen wurden in Leipzig aus den Projekten mitgenommen:

3.1 Eine wesentliche Beobachtung ist, dass die **von der Gesellschaft gezeichnete Außensicht** von Benachteiligung und Partizipation eine andere ist, als die **subjektive Innensicht der betroffenen Menschen**. In diesen Sinne sind auch die angesprochenen benachteiligten Personengruppen nur sehr eingeschränkt für diese Programme motivierbar, weil sie an diesen Zielen kaum ein subjektives Eigeninteresse entwickelt haben.

3.2 Was ist für die "Betroffenen" Benachteiligung?

In den Maßnahmen wurde deutlich, dass wesentliche **subjektive** Merkmale von Benachteiligung und Ausgrenzung von den Jugendlichen in den Primärbeziehungen von Familie und Clique erlebt werden. Die Beziehung im Freundeskreis, in der Clique oder zum Freund, zur Freundin ist wichtiger als die Frage nach dem Ausbildungsplatz oder der Mitarbeit in einem Projekt.

Diese Beobachtung steht in Spannung zu offiziellen **objektiven** Indikatoren wie Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit usw. Die Fragen der persönlichen Zukunft oder der politischen Partizipation werden von den Jugendlichen kaum als Problem benannt, sie scheinen nicht in ihrem Bewußtsein verankert zu sein.

Projektarbeit

Vier Projekte der Children's Society aus verschiedenen Regionen des Vereinigten Königreichs waren in die Partnerschaft eingebunden. Alle Projekte unterstützen Jugendliche, die früh eigenständig leben. Die Projekte bieten eine umfassende Unterstützung durch Hilfen, Beratung und Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie laufenden Wohnungsangelegenheiten, staatliche

3.3 Bei der Gruppe der Vietnamesen ist dies anders. Hier ist die Problemlage der unzureichenden Sprachkompetenz klar und bewusst. Jedoch haben wir mit den Mitarbeitern auch festgestellt: Wenn sie die deutsche Sprache gut beherrschen, merken sie, dass sie in einer ganz anderen Kultur leben als in ihrer Heimat. Die unterschiedliche kulturelle Prägung erschwert den Kontakt mit den Deutschen.

4. Ergebnisse

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?

- 4.1 Erfolgreich waren die Projekte darin, dass Jugendliche von den Themen "Benachteiligung" und "Partizipation" erreicht wurden und in diesem Sinn auch Bewusstseinsbildung erfolgte.
- 4.2 Eine verordnete Partizipation funktioniert aber nicht. Für kurzfristige Maßnahmen mit Eventcharakter lassen sich Jugendliche gewinnen. Ein längeres freiwilliger Projekt funktioniert aber nur, solange die Jugendlichen dazu Lust haben.
- 4.3 Jugendlichen sind Beziehungen sehr wichtig. Deshalb dürfen sich Partizipationsangebote nicht in "Konsum, Event und Programmcharakter" erschöpfen, sondern müssen eingebettet sein in Beziehungsarbeit.

DR. CHRISTOPH LANG UND PEGGY DIEBLER,

INTERKULTURELLES KONTAKTBÜRO

2.3 The Children's Society

Projektbericht UK

Unterstützung, Selbstvertrauen, persönliche Entwicklung, Zielsetzungen, Bildung, Ausbildung sowie die Fähigkeiten für eigenständiges Wohnen. Eine Hauptstossrichtung aller unserer Projekte besteht darin, Jugendlichen die Möglichkeit zur Einflussnahme auf und Beteiligung an lokalen Entscheidungsgremien zu geben; innerhalb der Children's Society gibt es einige Beispiele für die Arbeit, die auf Projektebene geleistet wird.

Die Jugendlichen arbeiteten in moderierten Gesprächen zwischen Mitarbeitern und Jugendlichen zu Themen wie „soziale Ausgrenzung“ und „Partizipation“. Als wichtigste Punkte wurden festgehalten: ein Mangel an Basisressourcen und -einrichtungen, Schwierigkeiten beim Zugang zu Basisdiensten, eine Zersplitterung solcher Dienstleistungen (durch Versorgungslücken, Widersprüche zwischen Politik und Praxis sowie ein Mangel an Zusammenarbeit zwischen Abteilungen und Bereichen); unzureichende Möglichkeiten für Jugendliche, die Bereitstellung der Dienstleistungen mitzugestalten und ein Mangel an Respekt oder Verständnis für die Schwierigkeiten, vor denen Jugendliche stehen. Ein zentraler Vorschlag zur Förderung der Partizipation Jugendlicher war der Aufbau einer „Young People’s Task Force“, mit Hilfe derer Jugendliche auf die Gestaltung der Politik und der Dienste auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene Einfluss nehmen.

Zusätzlich zu dieser gemeinsamen Lösung hat jedes Projekt mit den Jugendlichen weitere lokale Lösungen gefunden.

In-line Newcastle hat Jugendliche an einer Forschung unter Gleichaltrigen zum Thema „Bedürfnisse sozial ausgegrenzter Jugendlicher im Gesundheitsbereich“ beteiligt. Dies führte zu Empfehlungen zur Gesundheitspolitik auf lokaler und nationaler Ebene (De Montfort University, Leicester, 2002). Die Mitarbeiter haben mit Jugendlichen in einer Arbeitsgruppe zum Thema „Kooperationsforum (multi agency forum) und Sozialdienste für Jugendliche ohne staatliche Unterstützung“ gearbeitet, um für diese und für obdachlose Jugendliche den Zugang zu Dienstleistungen zu verbessern. Ferner wurden Veranstaltungen organisiert, auf denen Jugendliche direkt mit den Politikern in Kontakt traten.

Das **Young Tenants Support Project, Lambeth, London**, hat ein anerkanntes Ausbildungsprogramm für Jugendliche gleichen Alters entwickelt, mit Hilfe dessen sie über ihre Erfahrungen einer frühzeitigen Eigenständigkeit sprechen. Dieses Programm umfasst ein „buddying scheme“, in dem die Fähigkeiten und Erlebnisse erfahrener Mieter genutzt werden, damit sie sich der „schutzloseren“ Mieter annehmen und diese unterstützen.

Das **South Derbyshire After Care Project** hat ein „Buddy Reading scheme“ aufgebaut, das anerkannte Lernmöglichkeiten bietet. Jugendliche erfahren, wie sie mit Jüngeren in der Schule arbeiten, um deren Lese- und Schreibfähigkeiten zu verbessern. Ferner

haben die Jugendlichen an der Personalauswahl für Stellen in Projekten sowie auf regionaler und nationaler Ebene innerhalb der Children’s Society ebenso mitgewirkt wie an der Initiative zur Beteiligung Jugendlicher an der Führung der Organisation.

St. Helens Young People’s Housing Support, Merseyside hat Jugendliche dabei gefördert, aktive Mitglieder in ihrem Heimrat zu werden. Ferner erhielten die Jugendlichen Hilfe bei ihrer Beteiligung an stadtweiten Foren und Leitungsgruppen, die Einfluss nehmen auf die Politiken und institutionalisierte Kooperationsformen in der Stadt.

April – August 2001: Meilensteine

- ❖ **“The London Bash”** war eine von den Jugendlichen geplante und mit der Unterstützung durch Partner durchgeführte eintägige Veranstaltung zur Untersuchung der Erfahrungen und Ursachen für Obdachlosigkeit und soziale Ausgrenzung. Sie fand im April 2001 statt und erbrachte die oben beschriebene Arbeit zu sozialer Ausgrenzung und Partizipation.
- ❖ Die Erkenntnisse aus der partizipativen Forschung zwischen der Children’s Society und SOLAR, University of Northampton. Das Projekt ‘Young, Homeless and Socially Excluded: challenges for practice interventions’ gab Empfehlungen für Politik und Praxis.
- ❖ Eine CD-Rom und ein Newsletter wurden von den Jugendlichen mit der Hilfe der Mitarbeiter erstellt. Darin wird die Veranstaltung im April dargestellt und erläutert, wie die Forschung und die Maßnahmen des Projekts zur Europäischen Partnerschaft beigetragen haben.

September 2001 - Februar 2002 Perspektiven für die Zukunft – welche Lösungen für eine ‚integrierende‘ Gesellschaft?

Auf lokaler Ebene haben alle Gruppen ihre Arbeiten zum Thema soziale Ausgrenzung fortgesetzt und dabei die verschiedensten Methoden zur weiteren Analyse der Erfahrungen Jugendlicher angewandt. Ferner überlegten sie, wie sie ihre Botschaft vermitteln können, um auf politische Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen, wobei Mittel wie Fragebögen, Gruppendiskussionen, Schulung der Jugendlichen durch Jugendliche und Präsentationen vor politischen Entscheidungsträgern und Partnern eingesetzt wurden. Die folgenden Hauptpunkte boten den Rahmen für Schritte hin zu einer integrierenden Gesellschaft:

- ❖ Ein Informationsdokument mit einer Zusammenfassung der Erkenntnisse wurde der britischen "Social Exclusion Unit" übermittelt, damit es bei Untersuchungen zu den Themen verwendet werden kann, denen sich jugendliche Obdachlose und Ausreißer gegenüber sehen.
- ❖ Die Children's Society hat eine interne „Next Steps“-Gruppe aufgebaut, die die Empfehlungen weiterentwickelt.
- ❖ Jugendliche des Young Tenants Support Project veranstalteten eine Präsentation zur sozialen Ausgrenzung im britischen Oberhaus vor den relevanten und einflussreichen Akteuren aus privaten, öffentlichen und nichtstaatlichen Organisationen.
- ❖ Die Jugendlichen haben den Workshop zum Thema „Capacity Building“⁴ und soziale Ausgrenzung“ für die Konferenz in Brüssel organisiert.

Die Jugendlichen wollten den Entscheidungsträgern die Erfahrungen darlegen, die sie bei der Suche nach Unterkunft und dem Zugang zu Dienstleistungen gemacht haben, und erläutern, wie diese Schwierigkeiten mit dem fehlenden Einkommen in Zusammenhang standen. Letzteres wiederum beschränkte den Zugang zu Bildung und Ausbildung und hatte negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen. All dies sowie die grundlegende Diskriminierung, die die Jugendlichen erfahren haben, wurde von den weniger greifbaren Auswirkungen der Einstellungen der Mitmenschen und Stigmatisierung durch diese noch übertroffen. Die Jugendlichen haben das Konzept einer 'Wall of Exclusion' (Ausgrenzungsmauer) verwendet, um zu vermitteln, wie sie soziale Ausgrenzung erleben.

AUSGRENZUNGSMAUER

MAUERSTEINE



⁴ Beim „community capacity building“ handelt es sich um Entwicklungsarbeit, mit der die Fähigkeit von Organisationen und Gruppen einer Gemeinschaft gestärkt werden soll, sich eine Struktur zu geben, ihre Zusammenarbeit, ihre Mitarbeiter und ihr Können zu entwickeln, damit sie besser in der Lage sind, ihre Ziele zu definieren und zu erreichen, Beratungs- und Planungsprozeduren in Angriff zu nehmen, Gemeinschaftsprojekte zu leiten sowie sich an Partnerschaften und Gemeinschaftsinitiativen zu beteiligen.

Es umfasst Elemente wie Schulung/Ausbildung, Entwicklung von Organisationen und Personen sowie Aufbau von Ressourcen, die mittels Planung im Bewusstsein der eigenen Stärken und Schwächen organisiert werden und die Prinzipien des Empowerment und der Gleichheit verinnerlichen (in Steve Skinner; 1997).

STIGMATISIERUNG	VERTRAUEN	SOZIALARBEITERN FEHLEN KENNNTNISSE
UNTERSTÜTZUNG	SCHLÜSSELQUALIFIKATIONEN	PRIORITÄTEN
KOOPERATIONSFORMEN	EINSTELLUNGEN	KONTINUITÄT
WOHNUNG	GELD	BILDUNG
DISKRIMINIERUNG	SOZIALLEISTUNGEN	GESUNDHEIT

FUNDAMENT

Lösungen Die Jugendlichen haben Lösungen erarbeitet, die ihre Erfahrungen von Ausgrenzung beenden könnten - die 'Wall of Inclusion' (Integrationsmauer).

INTEGRATIONSMAUER

MAUERSTEINE



BESSERE LOKALE RESSOURCEN	ARBEIT IM KOOPERATIONSFORUM	QUALITÄTSSTANDARDS
AUSBILDUNG DER SOZIALARBEITER	GEMEINSAME LERNERFAHRUNGEN	INFORMATIONSDIENSTE
ANGEMESSENE NORMEN	MEHR UNTERSTÜTZUNG	
EDUCATION	BENEFITS	
DISKRIMINIERUNG	GESUNDHEIT	



FUNDAMENT

Ferner sind die Jugendlichen zu dem Schluss gekommen, dass es entscheidend ist, „WIE“ die Inhalte an die Entscheidungsträger vermittelt werden, damit diese ihnen Beachtung schenken. Daher beschlossen sie, dies zu einem zentralen Punkt ihres Workshops auf der Brüsseler Konferenz zu machen. Die Jugendlichen haben beschlossen, dass sie eine bestimmte Wirkung erzielen, eine Debatte anstoßen und einen Dialog erzielen wollten. Mit einer eineinhalb Meter hohen Mauer, die ihre Erfahrungen von sozialer Ausgrenzung darstellt, haben sie dies erreicht. Indem sie die Mauer zum Einstürzen brachten zeigten sie, wie Capacity-building-Lösungen vernetzt werden müssen, um eine integrierende Gesellschaft zu schaffen.

April – Juni 2002

Ein Auswertungstreffen fand im April 2002 statt, auf dem die Erfahrungen der Jugendlichen in der europäischen Partnerschaft, die Auswirkungen auf die Jugendlichen und die Projekte vor Ort, die

Erfahrungen der Sozialarbeiter in der Partnerschaft und die Rückwirkungen auf die Children's Society untersucht wurden. Ein vollständiger Bericht wird im Juni 2002 zur Verfügung stehen.

Zusammenfassung der Ergebnisse und Empfehlungen aus der Projektevaluation:

Partizipation

Die Jugendlichen fühlten sich „respektiert, geschätzt“, ihnen wurde „zugehört“ und „Verantwortung übertragen“, ihre „Bedürfnisse wurden beachtet“, sie „fühlten sich bedeutsam“. Die Partnerschaft erzeugte eine Fülle an Möglichkeiten und hat sie in ihrem Selbstvertrauen und ihren Fähigkeiten wachsen lassen.

- *EU-Projekte müssen die Möglichkeiten (staatlicher) Anerkennung neuer Fähigkeiten und Fertigkeiten ausbauen*
- *Finanzmittel und Projekte müssen angepasste Möglichkeiten für eine effektive Partizipation schaffen.*

Die Partnerschaft

Die Beziehung zwischen den Jugendlichen und den Sozialarbeitern war entscheidend für die positive Integrationserfahrung.

- *Die Jugendlichen empfahlen, in der Folge der vorbereitenden Maßnahmen Möglichkeiten für transnationale Projekte zu schaffen, die die Jugendlichen zusammen mit den Sozialarbeitern koordinieren.*
- *Eine engere Zusammenarbeit zwischen den Jugendlichen und den EU-Planungsgruppen soll gegenseitigen Respekt und Verständnis für die Arbeit und die Sichtweisen des jeweils anderen ermöglichen.*
- *Jugendliche sollten stärker in die Konferenzplanung bei Partnerschaften zur „sozialen Ausgrenzung“ einbezogen werden.*
- *Die teilnehmenden Fachleute sollten sich noch stärker bemühen, die Präsentationen, Workshops und Plenardiskussionen integrativer zu gestalten.*

Die Konferenz

Die Jugendlichen gaben an, dass sie ein tieferes Verständnis von sozialer Ausgrenzung entwickelt haben. An vielen Punkten der Veranstaltung konnten sie eine konstruktive Kritik üben.

Mai – Juni 2002

Die „Next Steps“-Gruppe wird dafür Sorge tragen, dass die Erkenntnisse aus der Forschung und der

europäischen Partnerschaft mit der Regierung und anderen Organisationen weiterentwickelt werden und zu Veränderungen führen. Die Gruppe der Jugendlichen wurde eingeladen, sich der „Next Steps“-Gruppe anzuschließen, damit Jugendliche zu den Arbeiten beitragen. Für Juni 2002 ist ein Seminar in London geplant, auf dem die relevanten Regierungsstellen mit Jugendlichen und der Children's Society zusammentreffen, um die Politikvorschläge zu bearbeiten. Die wichtigsten Vorschläge lauten:

- ❖ *Aufstockung der Sozialleistungen für Jugendliche, die Formen von sozialer Ausgrenzung erfahren. Eine Diskriminierung aufgrund des Alters entbehrt einer fundierten Grundlage.*
- ❖ *Bedarf an Vernetzung innerhalb der Regierung bei der Gestaltung und Umsetzung von Politiken. Ein Beispiel für mangelnde Kohärenz zwischen den Politiken ist, dass Jugendliche finanziell benachteiligt werden, wenn sie eigenständig leben und ein höheres Bildungsniveau erreichen wollen.*
- ❖ *Verbesserter Zugang zu Leistungen wie angemessenem und bezahlbarem Wohnraum.*
- ❖ *Flexiblere Möglichkeiten für die Unterstützung Jugendlicher durch Jugendliche*
- ❖ *Qualitätsnormen für Sozialarbeiter. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, die Formulierung der Normen und die Kontrolle ihrer Einhaltung zu beeinflussen.*
- ❖ *Aufbau einer „Young People's Task Force“ als Möglichkeit für die Jugendlichen, die Entwicklung und Bereitstellung von Dienstleistungen zu beeinflussen*

CAROL MCCAULEY, KATHERINE SULLIVAN & ROSIE EDWARDS,

LONDON, MAI 2002

2.4 En.A.I.P. Lucca: Soziale Ausgrenzung Jugendlicher und Partizipation

Netzwerkarbeit in Lucca zur Verhinderung von Ausgrenzung

Am transnationalen Projekt „Partizipation als ein Weg zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung“ waren vier europäische Städte beteiligt, die über den gemeinsamen Anfangsbuchstaben ihrer Namen („L“) hinaus der Wunsch verband, Lösungen und Methoden zur Eindämmung der sozialen Ausgrenzung Jugendlicher auf lokaler und europäischer Ebene zu entwickeln.

Auf lokaler Ebene fand das Projekt zur sozialen Ausgrenzung und zur Partizipation in der toskanischen Stadt Lucca statt.

Lucca (Toskana, Italien, EU) zählt rund 90.000 EinwohnerInnen und ist eine Stadt römischen Ursprungs und katholischer Tradition, die von einer aus dem Mittelalter stammenden ring-förmigen Stadtmauer von gut fünf Kilometern Länge umgeben ist. Seit jeher ist Lucca im Bereich der Freiwilligenarbeit aktiv, hat jedoch den Jugendlichen der Stadt nur wenig zu bieten: So gibt es nur ein einziges Jugendzentrum, keinerlei selbstverwaltete Einrichtungen, nur wenige Spielplätze und die kleinen, lokalen und auf den Stadtteil begrenzten Initiativen sind Einzel-fälle und haben keinen Kontakt untereinander.

Die Jugendlichen hingegen sind sehr zahlreich und haben häufig auch die verschiedensten Bedürfnisse, die über den Bedarf an eigenen Räumen hinausgehen.

En.A.I.P. Lucca, eine Wohlfahrtseinrichtung (organizzazione non lucrativa di utilità sociale), arbeitet seit 20 Jahren ununterbrochen und - wenn man von einer kurzen Unterbrechung Anfang der Siebzigerjahre absieht - seit über 40 Jahren für benachteiligte Jugendliche, indem es sie aufnimmt und ihnen damit in der Gegenwart hilft sowie sie einen Beruf lehrt, um ihnen eine Zukunft zu bieten.

En.A.I.P. Lucca hat zur Umsetzung dieses Projektes zu jenen Einrichtungen Kontakt aufgenommen, die mit Jugendlichen arbeiten oder die größtenteils Jugendliche zu ihren Mitgliedern zählen. Als lokale Partner mit jeweils spezifischen Maßnahmen wählte En.A.I.P. das in Konvention mit der Gemeinde Lucca von En.A.I.P. geleitete Jugendzentrum Kaboom, den Jugendring der Gemeinde, in dem die örtlichen Jugendvereine und -vereinigungen Mitglied sind, den vom Bildungsministerium unter der vorherigen Regierung eingerichteten Schülerrat der Provinz Lucca als Vertretungsorgan der Jugendlichen in den

Schulen, sowie die Jugendlichen des Stadtteils San Vito.

Die Jugendlichen wurden an ihren bevorzugten Orten aufgesucht: Im Jugendzentrum wurde das Projekt im Europa-Workshop vorgestellt, im Jugendring und im Schülerrat konnten Dutzende Jungen und Mädchen beteiligt werden und im Stadtteil San Vito, einem der am meisten gefährdeten Viertel am Stadtrand, gelangten wir während ihrer freitäglichen Treffen mit den Jugendlichen in Kontakt. Die Reaktionen waren natürlich äußerst unterschiedlich und reichten von Gleichgültigkeit über Skepsis und Interesse bis zu Begeisterung.

En.A.I.P. hat die eigenen langjährigen Erfahrungen zum Thema Bekämpfung sozialer Ausgrenzung eingebracht, die es in den „Solidaritätswerkstätten“ (Tischler-, Drucker- und Schiffsbauerlehrwerkstätten für jugendliche Schulabbrecher), in Wohnheimen mit psychologischer Betreuung und in Jugendzentren für Jugendliche von 12 bis 19 Jahren sammeln konnte. Für die Verankerung des Projekts vor Ort spielte das Jugendzentrum die herausragende Rolle.

Der Startschuss für das Projekt fiel im März 2001 mit einem Partnertreffen in Leipzig. Hier wurden dem Projekt konkrete Züge verliehen, sodass anschließend im lokalen Projekt die Ideen, Vorschläge, Perspektiven und Erwartungen der Partner vermittelt werden konnten.

Im selben Monat noch wurde das Projekt der Vollversammlung des Jugendrings Lucca präsentiert, einem Vertretungsorgan aller Jugendorganisationen, das rund vierzig eingeschriebene Mitglieder zählt. Das Projekt stieß dort auf reges Interesse und es wurde sich erkundigt, wie eine Zusammenarbeit aussehen könnte.

Anschließend wurde das Projekt den Jugendlichen in San Vito vorgestellt, einem Arbeiterviertel am Stadtrand von Lucca, in dem größtenteils zugewanderte Südtaliener mit geringer Schulbildung wohnen und das eine für die Stadt Lucca recht hohe Kleinkriminalitätsrate unter den Jugendlichen aufweist. Auch hier waren gemischte Reaktionen von Skepsis bis Enthusiasmus zu verzeichnen. Die Vorstellung, eine Initiative im Stadtviertel zu starten und nach Brüssel fahren zu können, beflügelte viele der Jugendlichen. Andere hingegen befürchteten, dass es sich lediglich um ein weiteres Versprechen handele, das am Ende nicht gehalten würde.

Im Juni wurden auf dem zweiten Partnertreffen in Lucca die Jugendlichen des Jugendzentrums Kaboom

einbezogen. Nach einer Vorstellung des Projekts und seiner Zielsetzungen wurde beschlossen, das Thema „soziale Ausgrenzung Jugendlicher“ im Rahmen des Europa-Workshops, einer der verschiedenen Aktivitäten des Jugendzentrums, zu behandeln. Hierbei handelt es sich um ein wöchentliches Treffen, auf dem europäische Themen vertieft und diskutiert sowie die verschiedenen Austauschaktivitäten, in die das Jugendzentrum Kaboom involviert ist, vorbereitet und organisiert werden.

Ebenfalls im Juni wurde eine weitere Organisation in das Projekt eingebunden, nämlich der Schülerrat der Provinz Lucca, der in seiner Eigenschaft als Vertretungsorgan aller Schüler der mittleren und oberen Schulstufen in das Projekt einbezogen wurde.

Der Grundgedanke des Projekts war, die Jugendlichen für das Thema „soziale Ausgrenzung“ zu sensibilisieren. In einigen Fällen wurde lediglich darüber gesprochen, in anderen hingegen - wie beispielsweise im Jugendzentrum - wurde dieses Thema mittels provozierender Diskussionen über Unterschiedlichkeit, Ausgrenzung und ausgegrenzte Personen innerhalb der Gesellschaft vertieft.

Nach einer ersten Phase der Diskussion, der Treffen im Rahmen des bereits erwähnten Europa-Workshops, der Versammlungen des örtlichen Jugendrings und der Treffen des speziell eingerichteten Ausschusses wurde in der zweiten Phase strukturierter gearbeitet, in der wir uns zusammen mit den Jugendlichen fragten: Wie denken die anderen Jugendlichen darüber? Hier entstand die grundlegende Idee, die die Jugendlichen zusammenführen sollte - ein Fragebogen.

Die Fragen für den Grundstock des Fragebogens ergaben sich aus den Diskussionen und Treffen, die vorher in den verschiedenen beteiligten Gruppen und Einrichtungen stattgefunden hatten. Der unterschiedliche Ursprung spiegelt sich in der Dreiteilung des Fragebogens wider, der einen Block zur Ausgrenzung, einen zur Partizipation und einen zur Vertretung der Interessen Jugendlicher umfasst.

Die Jugendlichen des Jugendzentrums Kaboom haben nach langer Diskussion die Frage nach den Gründen der sozialen Ausgrenzung von Jugendlichen formuliert. Es wurden 24 mögliche Antworten formuliert, die in drei große Bereiche aufgeteilt waren: Fehlen von bestimmten Dingen, die mit den Teilbegriffen Mangel an (z. B. Familie, Geld, Arbeit, gefühlsmäßigen Bindungen, etc.), Haben (finanzielle Probleme, unbefriedigende Arbeit, abweichende politische Ansichten) und Sein (homosexuell, hässlich, behindert, etc.) beispielhaft dargestellt

wurden. Da von Beginn an die Vielschichtigkeit der Ausgrenzung erkannt wurde, beschlossen die Jugendlichen, bis zu fünf mögliche Faktoren anzugeben, die dazu beitragen können, dass ein Jugendlicher sich von der Gesellschaft absondert. Dies reichte den Jugendlichen jedoch nicht, sodass sie die Möglichkeit vorsahen, den fünf Faktoren jeweils eine Gewichtung beizugeben oder sie nach Wichtigkeit zu ordnen, indem der Hauptursache die höchste Punktzahl zugeordnet wurde.

Außerdem wurde versucht herauszufinden, wie die Jugendlichen Ausschluss und Ausgrenzung wahrnehmen, d. h. ob es vielleicht zwei Wege zur Beschreibung desselben Phänomens waren. Ferner wurde den Befragten die Frage gestellt, ob sie Personen kennen, die sie als ausgegrenzt bezeichnen würden und ob sie selbst sich während einer Zeit ihres Lebens einmal ausgegrenzt gefühlt haben. Zwei abschließende Fragen befassten sich mit der Möglichkeit, aus freier Entscheidung am Rand der Gesellschaft zu leben und mit den Gründen für eine solche Entscheidung.

Der zweite Fragenblock war der Beteiligung der Jugendlichen am sozialen Leben gewidmet; hier wurde versucht, den Schwerpunkt auf das „Gefühl des Zugehörigseins“ zu legen, auf das Gefühl der Zugehörigkeit, aber vor allem auf die Partizipation. Hier wurde nach früher oder derzeit erlebten Erfahrungen gefragt, in denen sich die Person als Bestandteil einer Gruppe oder der Gesellschaft erlebte, ob sie während ihres Lebens an Entscheidungen beteiligt war, die ihr Lebensumfeld berührten, und ob es einen Ort oder ein Ereignis gibt, der / das die Person mehr als andere repräsentiert, oder wo sie sich am wohlsten fühlt.

Der dritte Teil, der größtenteils vom Jugendring und der Schülervertretung ausgearbeitet wurde, enthielt einige Fragen zum Wissen um die Existenz der Jugendvertretungseinrichtungen; ein weiterer Teil befasste sich mit einer Bewertung dieser Einrichtungen und ihrer effektiven Repräsentativität und bot die Möglichkeit, Vorschläge zu machen für eine bessere Vertretung der Interessen der Jugendlichen gegenüber den Institutionen.

Ein Punkt wurde während der Befragungen mit Nachdruck unterstrichen, nämlich dass keine richtigen und falschen Antworten existierten. Uns war wichtig, dass jeder unverfälscht und mit seinen eigenen Ideen auf die Befragung antwortete. Wir wollten nicht eine bestimmte Antwort hören oder unsere Vorstellungen bestätigt sehen, sondern vielmehr den ganz persönlichen Gedanken zum

Thema erfahren. Viele Jugendliche und Kinder wurden dadurch ermuntert und haben auch Ideen vorgebracht, die sie allgemein für wenig vereinbar mit den Institutionen hielten und halten. Methodisch wurde mit einigen Jugendlichen des Jugendrings und des Schülerrats eine Entscheidung hinsichtlich der Altersgruppe getroffen, der der Fragebogen unterbreitet werden sollte, und es wurde ebenso beschlossen, den Befragten nach seiner Herkunft, seinem derzeitigen Wohnort (Stadtviertel), seinem Geschlecht, seiner derzeitigen Beschäftigung und seinem Geburtsort zu fragen.

Daraufhin wurden einige Jugendliche zu Befragern ausgebildet und geschult, damit sie Ziel und Zweck der Befragung erläutern und den Fragebogen in erster Linie an den Schulen verteilen konnten. Unsere Absicht bestand weniger darin, einen statistisch perfekten Fragebogen zu verwenden, sondern vielmehr gewisse Informationen zu vermitteln und die Jugendlichen zum Denken und Nachdenken über diese Themen anzuregen.

ERGEBNISSE DER ERHEBUNG

In zwei Monaten wurde der Fragebogen an 411 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 29 Jahren verteilt, wobei der Anteil der männlichen Teilnehmer 44% betrug und die weiblichen Teilnehmerinnen 56% ausmachten. Die größten Altersgruppen waren die 15- bis 17-Jährigen (Jahrgänge 1985 bis 1987), die mit 42% vertreten waren, und die 18- bis 20-Jährigen (Jahrgänge 1982 bis 1984), die einen Anteil von 47% hatten. Die restlichen 11% waren Jugendliche im Alter von 21 bis 29 Jahren.

Die „in Lucca“ oder im direkten Umland Geborenen waren mit 65% vertreten, die „anderswo Geborenen“ (außerhalb der Provinz, in anderen Regionen oder Ländern) hingegen mit 35%.

Die Gruppe der in Lucca ansässigen Jugendlichen betrug 44%, während die Jugendlichen, die außerhalb Lucca wohnten, 56% ausmachten.

Ich und die Ausgrenzung

Für 56% ist der „Andersartige“ der Idealtyp des Ausgegrenzten, wobei er andersartig ist im Urteil der anderen Menschen oder wegen einer Beeinträchtigung, die er nicht allein beeinflussen kann (z. B. Behinderung, Kind von Gefängnisinsassen, Mafia-Mitgliedern oder Mafia-Kronzeugen, Bettler), oder auch anders auf Grund einer persönlichen Lebensentscheidung, die als „unpassend“ oder „unmoralisch“ angesehen wird (z.

B. Homosexualität, Prostitution, Drogenabhängigkeit, usw.). 42% sehen hingegen im Andersartigen nicht unbedingt einen Fremden, sondern einen Ausgeschlossenen. Ein Fremder, weil er sich absondert (Rasta-locken, Nomade, Penner, gläubig) oder weil er sich nicht auszudrücken vermag (schüchtern, fanatisch).

Unter den Gründen für Ausgrenzung steht mit 46% das *Fehlen von Freunden* an erster Stelle, das von 28% der Befragten als wichtigster Grund genannt wird. Weitere Gründe sind das Fehlen der Familie (31%), Behinderung (28%), Homosexualität (26%), mangelnde Hygiene (25%), mangelnde finanzielle Ressourcen (22%), Rassist sein (18%) und nachfolgend alle weiteren Angaben.

Aus den Antworten auf die Frage „Was bedeutet für Dich soziale Ausgrenzung?“ war herauszulesen, dass über das Nicht-Akzeptiertsein durch „irgendjemanden“ innerhalb der Gesellschaft Ausgegrenztsein auch die Isolation eines Individuums innerhalb einer Gruppe beinhaltet, auf Grund fehlender Kommunikation oder fehlender Beziehungen zu den anderen oder einfach auf Grund mangelnden Verständnisses.

Für die befragten Jugendlichen beginnt -zumindest für 41% - Ausgrenzung mit Ausschluss aus der Gesellschaft, indem die anderen einen ausschließen. Trotz ihres nur kurzen Lebens gaben 38% an, Situationen erlebt zu haben, in denen sie sich von den Mitschülern oder von der Clique ausgegrenzt gefühlt haben, und vor allem ImmigrantInnen hatten Schwierigkeiten, sich in die neue Situation einzugewöhnen.

Ich und die Partizipation

Einen Boom der Beteiligung gibt es bei Gruppen und Vereinen (93%). Die Hälfte aller Jugendlichen ist Mitglied in einem Sportverein (53%) und ein Viertel beteiligt sich an „informellen“ Gruppen, in denen die sozialen Beziehungen gepflegt werden, wie beispielsweise dem Jugendzentrum oder Musikgruppen (23%).

Das ihnen angenehmste Umfeld, in dem die befragten Jugendlichen sich am wohlsten fühlen und „alles tun können, wozu sie Lust haben“, ist ihr Zuhause (73%). Mit großem Abstand (36%) folgen sportliche Betätigung, bei denen sie ohne größere Verantwortung Zerstreuung finden (Fitnessstudio) oder wo sie unter Anleitung eines „Chefs“ Mannschaftssport betreiben können - insgesamt also auch dies ein beschützter Ort.

Ich und die Jugendvertretung

Wenn auch 72% die Angabe machten, dass sie die eigenen Vertretungsorgane kennen (45% den vor kurzem eingerichteten Schülerrat der Provinz, 41% den Jugendring, 34% den Schulrat oder Fakultätsrat und knapp 11% den Rat der Diözese im Stadtviertel), sinkt der Prozentsatz stark bei der Frage, ob sie sich daran bewusst beteiligen, an den Entscheidungen mitwirken oder einfach versuchen zu erfahren, was für Jugendliche unternommen wird.

Aus den Fragebögen geht hervor, dass bereitwillig der Aufwand - und manchmal die Unannehmlichkeiten - der Vertretung an andere abgegeben wird, auch wenn sie sich dadurch manchmal nicht oder nur teilweise (48%) mit der Art, wie diese Vertretungsinstanzen genutzt werden, zufrieden zeigen. Sie wünschen, dass ihnen zugehört wird (44%) und dass sie in allen Bereichen informiert werden (40%). In erster Linie jedoch wünschen diejenigen, die geantwortet haben, eine Organisiertheit, eine Vertretung durch konsequente und fähige Personen (63%), konkrete Lösungen und Jugendliche, die sich für die Jugendlichen auch auf nationaler Ebene (48%) engagieren. Es herrscht nämlich der Eindruck vor, dass wir gern analysieren, beobachten, manchmal den Jugendlichen auch Gehör verschaffen, sie dann aber nicht zu Protagonisten ihrer Entscheidungen machen (67% in den Schulen, 42% mit Freunden) und sie täuschen, indem wir ihnen nur zu bestimmten Zeitpunkten und an bestimmten Orten das Gefühl geben, wichtig zu sein, ohne Garantien für den Erhalt ihrer Vorstellungen und Ideen zu geben.

Unser Traum ist es, dass die Politik, die Verwaltung, der Mangel an Einsatz, Geldern, Glauben, Moral, Konsequenz, Interesse und vielem weiteren uns nicht taub werden lassen gegenüber denjenigen, die den Glauben an das Leben nicht verlieren, indem wir ihnen wirklich Wichtiges anvertrauen, wichtig für uns wie für ihr Leben, und ihnen Verantwortung übertragen zusammen mit der Freiheit einer eigenen Wahl und eigener Fehler.

WELCHE ERGEBNISSE - WELCHE PERSPEKTIVEN?

Der Fragebogen wird weiterhin an Jugendliche verteilt. Wir rechnen damit, dass wir bis September 2002 über rund 1000 ausgefüllte Fragebögen verfügen. Neben der Auswertung durch Experten wird En.A.I.P. die Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Zusammen mit der Provinz Lucca, die als Projektpartner auf der Abschlusskonferenz in Brüssel mit dem Verwaltungsleiter und dem Sozialdezernenten vertreten war, ist die Idee der Einrichtung einer dauerhaften Arbeitsgruppe zur Jugendpolitik entstanden. Ein Projekt, an dem der Jugendring Lucca und die anderen Einrichtungen der Jugendvertretung in der Provinz beteiligt wären.

Die Jugendlichen, die nach Brüssel gereist waren, haben nach der Konferenz ihren Einsatz verstärkt: Einer von ihnen wurde zum Präsidenten des Jugendrings Lucca gewählt, während zwei weitere sich in das Präsidium wählen ließen. Die beiden Jugendlichen des Jugendzentrums Kaboom haben sich aktiv in die europäischen Austauschaktivitäten eingebracht und werden am Projekt „Lucca centro“ (Italien, Frankreich, Belgien und Portugal) Ende Juli in Lucca teilnehmen. Einer von ihnen wird zudem im August zu einem transnationalen Treffen „Being different“ nach Dresden fahren, wo er auf Jugendliche aus Schweden, Deutschland, Dänemark und Polen trifft.

MIRCO TRIELLI, CENTRO KABOOM,

EN.A.I.P. (LUCCA)

III - Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien im lokalen Kontext

3. 1 Genereller Kontext

Die **wirtschaftlichen, sozialen und sozio-kulturellen Umbrüche** in Europa schlagen sich einerseits in unterschiedlichen Formen von Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen nieder, sie eröffnen zum Teil mehr Chancen gerade für Kinder und Jugendliche⁵. Gestaltungs- und Wahlmöglichkeiten vergrößern sich. So können bspw. die Informations- und Kommunikationstechnologien wesentlich zum Abbau der traditionellen Hindernisse beitragen, welche die am stärksten benachteiligten Mitglieder unserer Gesellschaft ausgrenzen. Gleichzeitig aber wirken sich diese Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und deren Risiken sehr viel direkter auch auf Kinder und Jugendliche aus⁶. Das heißt, um bei unserem Beispiel zu bleiben, dass eine fehlende Medienkompetenz mittlerweile sehr schnell zum Ausschluss der sich formierenden Wissensgesellschaft führen kann⁷.

Der **Arbeitsmarkt** ist generell durch Globalisierung, Liberalisierung und Umstrukturierung gekennzeichnet. Diese drei Strukturelemente schlagen sich in Rationalisierung von Arbeitsplätzen, in Abbau oder Verlagerung von Beschäftigung (ins billigere Ausland) genauso nieder wie in der Erschließung neuer Arbeitsfelder mit hohem Anforderungsprofil sowie abnehmenden staatlichen Interventionen zu Gunsten des unteren Drittels der Bevölkerung. Auf dem Arbeitsmarkt sind immer mehr technologische, aber auch soziale Kompetenzen, Berufserfahrung, Flexibilität und Mobilität gefragt. Gleichzeitig haben prekäre Formen der Arbeit weite Verbreitung gefunden. Die Korrelation zwischen Ausbildung und Arbeitsmarktchancen ist enger geworden; genauso sind die Minimalanforderungen gestiegen, ohne die man keinen Einstieg schafft⁸. Schließlich dauert es

heute sehr viel länger, eine stabile Situation auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen⁹. Diese Schwierigkeiten besonders beim Einstieg in den Arbeitsmarkt sowie dem Erreichen einer stabilen Position spiegeln sich in Arbeitslosenquoten von Jugendlichen von bis zu 28 % der Alterskohorte der 15-24-jährigen wider (in Italien). In Deutschland sind über 40% der von Sozialhilfe Betroffenen Kinder¹⁰.

Zu den strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes gesellen sich andere, die nicht von geringerer Bedeutung sind: **demographische Veränderungen**, da die Lebenserwartung der Bevölkerung steigt und die Geburten zurückgehen; eine Tendenz **zu wachsender ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt** infolge einer stärkeren internationalen Migration und Mobilität innerhalb der Union. Genauso gibt es **Veränderungen in den Haushaltsstrukturen** aufgrund der Tendenz zur Deinstitutionalisierung der Familie. **Neue Rollenmuster** zwischen Männern und Frauen wirken sich sowohl auf den Arbeitsmarkt als auch auf die Frage der Elternschaft aus. Schließlich sind neben der Familie auch die nachbarschaftliche Gemeinde / Kommune und die Kirche heute instabiler als vor 30 Jahren. Durch den zusätzlichen relativen Rückzug des Staates stehen benachteiligten Jugendlichen somit nur noch sehr wenige zuverlässige unterstützende Instanzen zur Verfügung¹¹.

Diese einzelnen Entwicklungen sind inzwischen nicht mehr bloß eine Randerscheinung des Aufwachsens. Sie haben inzwischen vielmehr das Zentrum der Jugendphase erreicht. Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muss auch die Jugendphase als Phase der biographischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden¹². Wenn man jedoch an der Idee der Arbeitsgesellschaft

⁹ Siehe Giddens (1998).

¹⁰ Siehe Bartscher (1998: 17). Für einen anglo-deutschen Vergleich siehe Craig, Mayo und Taylor (2000).

¹¹ Insbesondere in Großbritannien spielt die Armut bei der Entwicklung hin zur sozialen Ausgrenzung eine bedeutende Rolle. Speziell Kinder und Jugendliche sind in diesem EU-Staat mehr als andere Länder der EU von Armut betroffen. So ist die Kinderarmutsquote - neben der in Portugal - die niedrigste in den Mitgliedsstaaten. Siehe Hobcraft (1998). Zum Begriff des "sozialen Kapitals" siehe Putnam (1993), Raffo and Reeves (2000).

¹² Siehe Mielenz / Münchmeier (2001: 413).

⁵ Siehe Huster (2001: 165).

⁶ Siehe Debiel (2000: 51).

⁷ Siehe Dabinett (2000).

⁸ Siehe Hills et al (1999).

festhält - "ohne Arbeit keine Einbindung in die Gesellschaft" -, dann muss sich der Staat und die Wirtschaft auch dieser Verantwortung stellen und dafür sorgen, dass junge Menschen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert und auf die Erwerbsarbeit vorbereitet werden, um anschließend die Anstrengungen der Lernzeit auch in einen Arbeitsplatz umtauschen zu können¹³. Gleich-zeitig möchten wir betonen, dass sich soziale Ausgrenzung *nicht* im Ausschluss von bezahlter Arbeit erschöpft, sondern darüber hinaus weist, sehr viel komplexer ist¹⁴. Ein Programm zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung müsste diese Einsicht berücksichtigen.

Benachteiligte Jugendliche sind besonders betroffen von den Rationalisierungsmaßnahmen der Wirtschaft (Abbau von Einfacharbeitsplätzen): weniger reich an Ressourcen, Unterstützung und finanziellen Spielräumen, werden sie zu den Hauptbetroffenen der Krise der Arbeitsgesellschaft¹⁵. Ihre Situation im Übergang von Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt hat sich in den letzten 20 Jahren objektiv verschlechtert. Jugendarbeitslosigkeit ist gestiegen. Eine zunehmend große Anzahl von Jugendlichen können nicht mehr Schritt halten; sie sind von längerfristiger sozialer und ökonomischer Ausgrenzung bedroht. Ihnen muss deshalb die besondere Verantwortung der Wirtschaft sowie der Politik gehören.

Eine Anmerkung zum Begriff "benachteiligte Jugendliche". Dieser impliziert eine existierende Normalität gesellschaftlicher Teilhabe, an denen abweichend sie zu messen seien. Diese Normalität ist jedoch heute in Frage gestellt. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass **"Benachteiligung" und "soziale Ausgrenzung" in diesem Text synonym** verwandt werden; dies hängt mit den unterschiedlichen gängigen Begrifflichkeiten in den drei beteiligten Ländern zusammen. Insofern wird auch die "Benachteiligung" als gesellschaftlich bedingt angesehen.

¹³ Siehe Münchmeier (2001: 429-430).

¹⁴ Siehe The Lord's Provost's Commission on Social Exclusion (2000: 2 f.) sowie Ostner (2000: 33). Für einen generellen Überblick über die Aktivitäten der Kommission in diesem Bereich, siehe: http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-prot/soc-incl/index_de.htm

¹⁵ Siehe Ostner (2000: 30 ff.).

3. 2 Allgemeine Begriffsbestimmungen

3.2.1 Soziale Ausgrenzung

Der Begriff "soziale Ausgrenzung" wird seit den 60er Jahren in akademischen Kreisen verwandt. Seinen Durchbruch innerhalb der Fachdiskussion verdankt er René Lenoir¹⁶. Erst ab Anfang der 90er Jahre fand er jedoch Eingang in eine breitere Öffentlichkeit. Was darunter gemeint wird, ist allgemein verstanden¹⁷?

Das **Konzept sozialer Ausgrenzung** bezieht sich auf die Effekte der Interaktion zwischen sich ändernden Familienstrukturen, abnehmend schützenden / unterstützenden Kommunen, einem sich wandelnden Wohlfahrtsstaat, der Abnahme von niedrigqualifizierten Jobs, der neuen "working poor" und dem sinkenden Durchschnittseinkommen der unteren Mittelschicht¹⁸.

Bei sozialer Ausgrenzung handelt es sich um **verschiedene Typen der Deprivation und Barrieren**, die allein oder zusammen die vollständige Teilnahme in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Umwelt, Wohnung, Kultur, Zugang zu Rechten oder familiäre Unterstützung sowie Fortbildung und Arbeitsangebote verhindern. Ausgrenzung kann weiterhin definiert werden als die Verweigerung (oder Nicht-Realisierung) der zivilen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte von Staatsbürgerschaft.

Die EU hat auch zur Popularisierung des Begriffs "Soziale Ausgrenzung" beigetragen. Daher sei hier kurz auf die Geschichte des nun bestehenden **Aktionsprogramms "Social Inclusion"** eingegangen¹⁹.

Der wesentliche Ursprung dieses Programms ist im Vertrag von Amsterdam zu sehen. Hier (Art. 136 und 137) wurde erstmalig festgehalten, dass die Gemeinschaft die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung fördern soll. Ziel ist, neben der Förderung wirtschaftlichen Wachstums auch die soziale Integration und

¹⁶ Lenoir (1974). Für eine aktuellere Zusammenfassung der französischen Diskussion, siehe Paugam (1996). Zu einer historischen Darstellung der Ausgegrenzten Europas von 1830-1930, siehe Gueslin und Kalifa (1999).

¹⁷ Zu einer Zusammenfassung der gegenwärtigen Diskussionen, siehe Parkinson (1998).

¹⁸ Siehe Mangen (2001) und Guidikova (2001).

¹⁹ Für einen konzentrierten Überblick der EU-Analyse und EU-Politik in diesem Bereich, siehe Frazer (2001).

damit den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Das wesentliche Mittel, das zu diesem Zweck eingesetzt wird, ist das gemeinschaftliche Aktionsprogramm "Social Inclusion", das über einen Gesamtetat von 75 Millionen für die Jahre 2002-2005 verfügt²⁰. Auf dem Weg zu diesem Aktionsprogramm haben alle Mitgliedsstaaten der EU so genannte Nationale Aktionspläne (NAPincl) erstellt, in denen aufgezeigt wurde, was bereits gegen soziale Ausgrenzung unternommen wird, und was eventuell zusätzlich unternommen werden sollte. Wenngleich unterschiedliche Risiko-faktoren sozialer Ausgrenzung infolge einer ersten Evaluation der nationalen Aktionspläne identifiziert worden sind²¹, so wird doch eine Erwerbsbeteiligung von den meisten Mitgliedstaaten als das beste Mittel gegen Armut und soziale Ausgrenzung hervor-gehoben. Parallel zu den nationalen Aktionsplänen wurde eine Vielzahl von vorbereitenden Maßnahmen durchgeführt - und von der EU-Kommission maßgeblich finanziert -, deren Ergebnisse im Sinne der Evaluation von best practice in das neu geschaffene Aktions-programm eingeflossen sind. Und eine dieser vorbereitenden Maßnahmen ist ja auch dieses Projekt.

Aber nicht nur das Thema "Soziale Ausgrenzung" nimmt in der Kommission einen zunehmend größeren Stellenrang ein. Auch "**Partizipation**" wird mehr und mehr entdeckt, und dies insbesondere, wenn es um die Beteiligung der Jugend geht²².

Neben diesem Prozess hat die EU in Nizza (Dezember 2000) mit der **Charta der Grundrechte** ein weiteres wichtiges Bekennt-nis zu einer Europäischen Wertegemein-schaft abgegeben. Diese Charta enthält einen umfassenden Katalog sozialer Grund-rechte. Zudem gab es in Nizza ein Bekennt-nis zu einem "Sozialen Europa" und zu den in der **Europäischen Sozialagenda** zusammen-gefassten sozialpolitischen Maßnahmen und Zielen der EU²³.

²⁰ Mehr hierzu siehe

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2001/oct/i01_1395_de.html

²¹ Siehe

http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-prot/soc-incl/joint_rep_de.htm

²² Siehe Commission Européenne (2001a und 2001b) sowie Hermann (1996: 37 ff.)

²³ Zu dem übergeordneten Topos "Europäisches Sozialmodell" siehe Aust / Leitner / Lessenich (2000) sowie Ostner (2000).

3.2.2 Partizipation²⁴

Partizipation hat stets **zwei Perspektiven**: 1. Die der Betroffenen, die gesellschaftlich teilhaben wollen, und 2. die der politischen Institutionen, die über die Entscheidungs-macht verfügen und Partizipation fördern oder behindern, im Extremfall blockieren²⁵. Aus letzterer Perspektive ist Partizipation leider noch **zu oft Teil von Akzeptanz-politik**: eine Strategie, um reibungslose Abläufe zu "garantieren"²⁶, Widerstände von vornherein abzufedern und einzubinden, also eine "Beschäftigungstherapie", in deren Rahmen die Hoffnung auf Einfluss in den Gremien missbraucht wird.

Durch ernsthafte Partizipationsangebote lässt sich ein großes Wissenspotential, gerade auch über lokale Zusammenhänge, erschließen. Die Gesellschaft vergibt einen Teil ihres Problemlösungspotentials, wenn sie Jugendliche von den Entscheidungen fern-hält²⁷: Jugendliche können in ihren Wün-schen, Interessen, Vorstellungen und Per-spektiven andere Wertigkeiten als Erwach-sene haben und deshalb neue Aspekte und Sichtweisen in Entscheidungsprozesse ein-bringen²⁸.

Der **Erfolg eines konkreten Beteili-gungsangebotes** lässt sich an folgenden Kriterien messen: 1. Gibt es konkrete Ergebnisse? Wurde eine Veränderung in Gang gesetzt, ein anvisiertes Ziel erreicht? 2. Wie war die Qualität des Prozesses und der Rahmenbedingungen (u.a. Unterstützung durch Politik und Verwaltung, personelle und finanzielle Ressourcen, war die Methode jugendgerecht? 3. Welche persönlichen und gruppensdynamischen Veränderungen sind aufgetreten²⁹?

"Gute" Beteiligungsformen sind darüber hinaus dadurch gekennzeichnet, dass Jugendliche freiwillig, unter Begleitung von Erwachsenen, an einem gemeinsam for-mulierten und transparenten Ziel mit hoher Verbindlichkeit in einem überschaubaren Zeitraum arbeiten³⁰. Wichtig ist

²⁴ Siehe Bur, Stevens und Young (1999) zu Europäischen Beteiligungsprojekten.

²⁵ Siehe Bartscher (2000: 22).

²⁶ Siehe Bartscher (1998: 32).

²⁷ Siehe Liebrich (2001: 864).

²⁸ Siehe Deutsches Jugendinstitut (1998: 135) sowie Feldmann (2000: 60) und Schröder (2000: 7).

²⁹ Siehe Bruner, Winklhofer und Zinser (1999: 72).

³⁰ Siehe Bruner, Winklhofer und Zinser (1999: 56).

dabei, dass die benutzten Methoden dazu beitragen, die Welt aus der spezifischen Perspektive der Jugendlichen zu beleuchten. Entscheidend für den Erfolg eines Projektes sowie für die politische Glaubwürdigkeit formeller Entscheidungen ist schließlich der **gelungene Transfer der Ergebnisse in die Entscheidungsabläufe in Politik und Verwaltung**, sowie deren Übersetzung in realisierbare Planungen. Dafür braucht es kompetente "Übersetzer/innen"³¹.

Beteiligung ist ein komplexer Vorgang, weil sich hier **sehr unterschiedliche Akteure** treffen (Jugendliche, Eltern, Verwaltung, Politik, Pädagogen, Lehrkräfte, Wohnungsbaugesellschaften, Architekten, etc.). Hinter diesen Akteuren stehen unterschiedliche "Systeme" (Hierarchien, Entscheidungswege, fachliche Dimensionen und Aufgaben), die synchronisiert werden müssen. U.a. deshalb sollte von vornherein unter den beteiligten Akteuren geklärt werden, wie "Beteiligung" definiert wird - um späteren potenziellen Enttäuschungen entgegenzuwirken.

Die Mitwirkung von Jugendlichen erfordert jedoch auch Kompetenzen auf deren Seite³²: Dazu gehören soziale Kompetenzen genauso wie Sachkompetenzen. Um diese zu erlangen, benötigen sie Räume für Lernprozesse und Angebote für eine entsprechende Qualifizierung. In engem Zusammenhang damit steht die Bildungsfunktion von Beteiligungsaktivitäten, die mit Zielen wie Verantwortungsbereitschaft, Erlernen demokratischer Entscheidungsprozesse und Befähigung zur zivilen Konfliktlösung beschrieben werden kann³³.

3.2.3 Nationale Unterschiede

Innerhalb dieses generellen Rahmens gilt es nach wie vor, bedeutende nationale Unterschiede hervorzuheben. Diese sind auf historisch gewachsene, **unterschiedliche Organisationsprinzipien von Sozialstaatlichkeit** genauso zurückzuführen wie auf die jeweilige verfassungsmäßige Prägung der

einzelnen Nationalstaaten, die zentralistischer oder föderaler Natur war und ist. Schließlich ist in diesem Kontext auch darauf hinzuweisen, dass die hier vertretenen Mitgliedsstaaten in den letzten Jahrzehnten recht unterschiedliche sozialpolitische Schwerpunkte gesetzt haben. Die gewachsenen historischen Strukturen sowie die politischen Entscheidungen seit Anfang der 70er Jahre haben u.a. dazu geführt, dass **"Soziale Ausgrenzung" in Großbritannien, Italien und Deutschland unterschiedlich stark verbreitet und zudem in unterschiedlichen Varianten** anzutreffen ist. Diese Unterschiede wirken sich selbstverständlich auch auf die spezifischen Formen sozialer Ausgrenzung von Jugendlichen aus. Einige dieser Unterschiede, die innerhalb der Projektgruppe angesprochen wurden, sollen im Folgenden exemplarisch hervorgehoben werden.

So spielt bspw. in Großbritannien (in geringerem Maße auch in Deutschland) Obdachlosigkeit eine wesentlich größere Rolle als in Italien. Die Gründe dafür sind vor allem sehr hohe Mieten, insbesondere in den Großstädten, insgesamt ein schwächeres Netz sozialer Sicherung. Generell ist in Italien öffentlich sichtbare soziale Ausgrenzung aufgrund des Familienzusammenhalts noch nicht so weit verbreitet wie in Großbritannien und ansatzweise in Deutschland. Hier wird deshalb vor allem präventiv gearbeitet.

Auch die erfasste Arbeitslosigkeit der 15-24jährigen in den drei hier vertretenen Ländern könnte unterschiedlicher nicht sein: sie reicht von 9.6% in Deutschland, über 12.1% in Großbritannien bis hin zu 28.3% in Italien³⁴. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da in allen drei Ländern sehr starke regionale Unterschiede zu beobachten sind und zudem durch statistische Erhebungsweisen geschönt sind. Ein wesentlicher Grund für die extrem hohe Quote in Italien dürfte wiederum die Bedeutung der Familie sein: nicht wenige betroffene Jugendliche sind offiziell arbeitslos gemeldet und finden inoffiziell innerhalb des Familiennetzes Arbeit³⁵ - und werden darin von ihren Familien aktiv unterstützt.

³⁴ Laut Statistik von Eurostat unter: <http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?catalogue=Eurostat&product=3-05022002-DE-AP-DE&mode=download>

³⁵ In diesem Zusammenhang sind die Aussagen einiger Schüler der gymnasialen Oberstufe in Mittel- und Süditalien interessant, die in Springhetti (1998:14) wiedergegeben werden. Bezüglich der verweigerten Rechte und der Arbeitslosigkeit schreibt einer von

³¹ Siehe Bruner, Winklhofer und Zinser (1999: 79).

³² Siehe Bruner, Winklhofer und Zinser (1999: 81).

³³ Siehe Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (1996: 36 ff.).

Die nationalen Unterschiede spiegeln sich u.a. auch darin wider, dass Begriffe wie "Ausgrenzung" und "Integration" in den drei hier beteiligten Ländern unterschiedlich besetzt sind. So hat in Großbritannien bspw. der Begriff "Integration" den Beigeschmack, dass man seine Kultur aufgibt. In einem Land, in dem gleiche Startbedingungen („equal opportunities“) sehr wichtig sind, ist es daher hilfreicher, von "inclusion" zu sprechen³⁶. In Deutschland hingegen bedeutet "Integration", dass man sozial eingebunden ist. Die englische Auffassung von Integration entspricht im Deutschen "Assimilation". Unter "Integration" versteht man in Italien die Integration in das sozio-kulturelle System. Im Prozess der Integration werden Freiräume gewährt, d.h. es bleibt jedem selbst überlassen, was man von der anderen Kultur annehmen möchte bzw. kann. "Assimilation" bedeutet hier die (gewünschte) Annahme der italienischen Kultur durch die Ausländer/innen.

Zu den Unterschieden zwischen den einzelnen Ausprägungen des Wohlfahrts-systems sowie den Versuchen, dieses zu modernisieren, gesellen sich auch Unterschiede in der jeweils vorherrschenden politischen Kultur aktiver, demokratischer Beteiligung. So existieren in Großbritannien bspw. die in Deutschland und Italien institutionalisierten SchülerInnenvertretungen nicht, so dass es innerhalb der Schule keine fest-geschriebenen Mitbestimmungsrechte gibt. Auch die in Italien und Deutschland weit verbreiteten Schüler- und Jugendräte, durch die sich die Jugendlichen eine gewisse Öffentlichkeit verschaffen können, existieren zwar rein formal in Großbritannien, sind aber de facto mit wenig realen Einflussmög-

lichkeiten für Jugendliche unter 18 Jahren verbunden³⁷.

ihnen: "Art. 4 der Verfassung spricht vom unverletzlichen Recht aller italienischen Staatsbürger auf Arbeit. Dieser Artikel hat eine große moralische Bedeutung, aber er wird im Alltag nicht umgesetzt, da die Zahl der Arbeitslosen erheblich gestiegen ist, vor allem im Süden. In diesem Bereich gibt es daher in Italien eine starke Diskriminierung und um einen Arbeitsplatz zu bekommen, geht man sogar so weit, sich als Behinderter auszugeben".

³⁶ Zur Definition dieses Begriffes sowie des Begriffes "Soziale Ausgrenzung" in Großbritannien siehe Social Exclusion Unit (2001).

lichkeiten für Jugendliche unter 18 Jahren verbunden³⁷.

Diese wenigen Beispiele sollen genügen um zu verdeutlichen, dass in Bezug auf Formen sozialer Ausgrenzung und Möglichkeiten der Partizipation nach wie vor wichtige nationale Unterschiede bestehen, die sich natürlich auch im lokalen Kontext niederschlagen.

3.3 Begriffsbestimmungen innerhalb des Projekts

3.3.1 Soziale Ausgrenzung

Soziale Ausgrenzung kommt dem **Aus-schluss aus der gesellschaftlichen Teil-habe** sehr nahe, währenddessen „Benach-teiligung“ eher verstanden werden kann als partieller Ausschluss, also als nicht vollständige Integration. „Ausgrenzung“ ist damit begrifflich struktureller als der Begriff der Benachteiligung. Dementsprechend sollte auch jeweils zwischen Symptomen, die individuell auftreten, und Mechanismen, die strukturell für Ausgrenzung verantwortlich sind, unterschieden werden. Soziale Ausgrenzung findet darüber hinaus dort statt, wo Grenzen bereits errichtet sind; sie ist **graduell, phasisch und individuell nicht gewollt**.

Die **strukturellen Indikatoren** sozialer Ausgrenzung, die in diesem Projekt fest-gehalten wurden, decken sich weitest-gehend mit den einschlägig bekannten. So wurde die **Erwerbsarbeit** bzw. ein ent-sprechendes Einkommen als elementar an-gesehen. Unmittelbar daran anknüpfend bzw. dem vorgelagert ist der Zugang zu, und der Abschluss einer Ausbildung und damit generell zu der **Ressource "Bildung"**, die solch unterschiedliche Elemente wie sprach-liche Fähigkeiten, soziale Kompetenzen, Fachwissen, etc. umfasst.

Ein nächster Block bilden diejenigen Indikatoren, die die Möglichkeiten des Zu-gangs zu sozialen Diensten und Einrich-tungen sowie die Möglichkeit des Einklagens zivilrechtlicher Rechte erfassen. Auch die Möglichkeit der

³⁷ Neuerliche gesetzliche Bestimmungen lassen die aktive Beteiligung von Jugendlichen im Stadtteil zwar zu einem gewissen Grade zu, werden jedoch noch sehr variabel angewandt. Siehe Fitzpatrick et al (1998).

Teilhabe am öffentlichen Leben (Kultur, Vereine, Informationen) gehört zu diesem Block. **Diejenigen, die nicht die Möglichkeit der Inanspruchnahme von als wesentlich angesehenen Ressourcen haben, werden ausgegrenzt.** In diesem Zusammenhang haben wir festgestellt, dass 16-18-jährige Jugendliche in Großbritannien - im Gegensatz zu den anderen beteiligten Ländern - nicht automatisch öffentliche Leistungen beziehen, sobald sie von ihren Eltern getrennt leben und des weiteren Jugendliche unter 25 Jahren weniger öffentliche Zuwendungen erhalten als Menschen über 25 Jahren.

Als ein weiterer wichtiger Faktor wird die Eingebundenheit in ein **soziales Beziehungsnetz** gesehen. Dabei ist es zunächst einmal nachrangig, wie sich dieses Beziehungsnetz zusammensetzt, so lange überhaupt kontinuierliche Kontakte zu einer "freundlich gestimmten" Außenwelt bzw. der Familie bestehen³⁸.

Darüber hinaus wird die **Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Minderheit** (ethnische Minderheit / Flüchtlinge, Behinderte, sexuelle Orientierung, Religion) als ein struktureller Faktor sozialer Ausgrenzung gesehen. Strukturell ist dieser Faktor deshalb, weil entsprechende Gesetzgebungen die Betroffenen nachteilig gegenüber der "Mehrheitskultur" behandeln und / oder die Infrastruktur, die zur Ausübung der bürgerlichen Rechte notwendig wäre, nicht zur Verfügung steht.

Die **Zugehörigkeit zu einer strukturell benachteiligten Region bzw. einem strukturell benachteiligten Stadtteil** wurde als entscheidend festgehalten. Dass Menschen, die im ländlichen Raum leben, nicht den gleichen Anschluss an öffentliche Dienstleistungen und Güter haben wie StadtbewohnerInnen, ist anhand der oftmals fehlenden Infrastruktur und der unzureichenden verkehrspolitischen Anbindung an Städte schnell aufgezeigt. Genauso haben sich jedoch innerhalb der letzten Jahrzehnte auch städtische Viertel herausgebildet, deren BewohnerInnen oftmals allein auf Grund ihrer Wohnadresse benachteiligt werden, deren Infrastruktur diesen Namen auch nicht mehr wert ist, deren Arbeitslosenquote oft extrem hoch ist, etc³⁹.

Schließlich werden **Menschen, die öffentliche Leistungen beziehen, durch "Labels" zusätzlich stigmatisiert und diskriminiert.** Neuere Berichte aus Großbritannien beschreiben in diesem Zusammenhang die Erfahrungen von SchülerInnen, die Mahlzeiten in Schuleinrichtungen auf Grund des niedrigen Einkommens ihrer Familien kostenlos erhalten. Die betroffenen SchülerInnen wollten dieses Angebot nicht annehmen, da in der Schulmensa für sie eine separate Warteschlange eingerichtet wurde und somit jede/r wissen konnte, dass sie arm sind⁴⁰.

Die **englischen Jugendlichen**, die bei diesem Projekt beteiligt waren, haben darüber hinaus einige **weitere Faktoren** sozialer Ausgrenzung identifiziert. Einige sind sehr konkret, andere schlechter greifbar. So wurden als harte Indikatoren zusätzlich fehlendes Geld und eine fehlende Wohnung genannt. Genauso kann die Art der Umsetzung der Regierungspolitik auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene teilweise willkürlich erfolgen und somit zu sozialer Ausgrenzung beitragen. Schließlich wurde es als ausgrenzend wahrgenommen, dass selbst angeeignete soziale Kompetenzen wie Fachkenntnisse im Lebenslauf nicht berücksichtigt werden. Ähnlich wichtig sind jedoch auch die weichen Indikatoren, die von den Jugendlichen festgehalten wurden, wie bspw. das Selbstvertrauen (bzw. mangelndes Selbstvertrauen), fehlender Respekt, den Andere einem entgegenbringen wie generell die geringschätzig Haltung ("attitude"), die Ausgrenzten, und besonders ausgegrenzten Jugendlichen, zuteil wird, fehlende mentale und/oder physische Gesundheit sowie mangelhafte Unterstützung durch Erwachsene im Bemühen, der Ausgrenzung zu entkommen⁴¹.

Es wurde schließlich festgestellt, dass **Jugendliche die eigene Ausgrenzung oft nicht als solche wahrnehmen**, auch wenn gesehen wird, dass Ausgrenzung existiert. Diese Wahrnehmung wurde sowohl in Lucca als auch in Leipzig und Lübeck durch die Befragungen und Gespräche bestätigt. Solange sie in eine Bezugsgruppe eingebunden sind, fühlen sich die Jugendlichen nicht ausgeschlossen. Auch dies ist ein Punkt, der in allen drei Städten bestätigt wurde: Die Bedeutung vor allem der eigenen

³⁸ Siehe Wilmott (1987).

³⁹ Siehe Parkinson (1998).

⁴⁰ Siehe Willow (2001) und Blaye (2002).

⁴¹ Siehe auch Coles (1995) und Fitzpatrick et al (1998).

Clique, aber auch der Familie, ist gar nicht hoch genug einzustufen, wenn es um die Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung geht. In England wird dieser Punkt unter dem Stichwort der sozialen Netzwerke beschrieben⁴².

Maßgeblich für die oft fehlende Wahrnehmung der eigenen objektiven "Ausgegrenztheit" ist das **Aufwachsen in einer "Kultur" sozialer Ausgrenzung**, die nur selten die Möglichkeit des direkten Vergleichs mit anderen Lebensweisen beinhaltet. Insofern gibt es eine wichtige Verbindung zwischen Armut in einer Generation und ungleichen Teilhabechancen in der nächsten, die mit der intergenerationellen Weitergabe sozialer "Ausgegrenztheit" benannt und oft mit einer **"Sozialisation des Misserfolgs"** verbunden ist⁴³.

3.3.2 Partizipation

Zunächst einmal muss das **formale Recht** bestehen, sich zu beteiligen, wobei die

Möglichkeit, sich zu beteiligen noch nicht heißt, dass man die Macht hat, Entscheidungen zu treffen. Es ist unmittelbar daran anknüpfend wichtig, **Mitbestimmung zu erklären**, damit Jugendliche informiert sind und wissen, *dass* sie und *welche* Rechte sie haben. Dieser Punkt wurde sowohl von den englischen Jugendlichen als auch von italienischer Seite unterstrichen: gesetzlich festgeschriebene Rechte nützen wenig, wenn die Information darüber fehlt sowie, in einem nächsten Schritt, die Unterstützung, diese Rechte auch wahrzunehmen, bspw. beim Bezug von staatlichen Alimenten.

Die Frage der **Attraktivität von Beteiligungsformen** ist mit Blick auf die Motivierung der Jugendlichen elementar. Jugendliche wollen Anerkennung und sprechen nicht auf alle Beteiligungsformen an. Daher ist es notwendig, die jeweils passende Beteiligungsform mit ihnen gemeinsam auszuloten. Dabei darf die Bedeutung sozialer Netzwerke der Jugendlichen, die oft nicht erkannt oder unterschätzt wird, nicht außer Acht gelassen werden. Genauso ist das Thema eines Beteiligungsprojektes mit Jugendlichen gemeinsam zu definieren, um nicht an ihren Interessen vorbeizugehen. So hat sich bspw. in Lübeck gezeigt, dass Jugendliche sich wenig bis gar nicht für klassische soziale und politische

Themen interessieren, sie sich aber sehr wohl aktiv für mehr Sicherheit im Verkehr, eine gesunde Umwelt oder für ein freundlicheres Verhalten der Menschen einsetzen würden. Schließlich ist es für die Attraktivität eines Beteiligungsprojektes entscheidend, dass es an der Lebensrealität der Jugendlichen orientiert und nicht zu abgehoben ist.

Die **Problemanalyse sowie die Erarbeitung von Zielen** sind nur sinnvoll, wenn *von Anfang an* alle Betroffenen einbezogen werden. Dabei ist das **Funktionieren von Kommunikation und Interaktion** zwischen den Beteiligten die wichtigste Grundlage für effektive Beteiligungsprozesse.

Ebenso muss am Anfang jeder Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ein weitgehender **Informationsgleichstand** aller am Partizipationsprozess Beteiligten erreicht werden – Ziel der Beteiligung, Handlungsspielräume und -beschränkungen, **Kompetenzen** u.a. müssen offen dargelegt werden, um eine Abwendung der Jugendlichen von der Gesellschaft und ihren Möglichkeiten der Beteiligung zu vermeiden⁴⁴ ("Entfremdung").

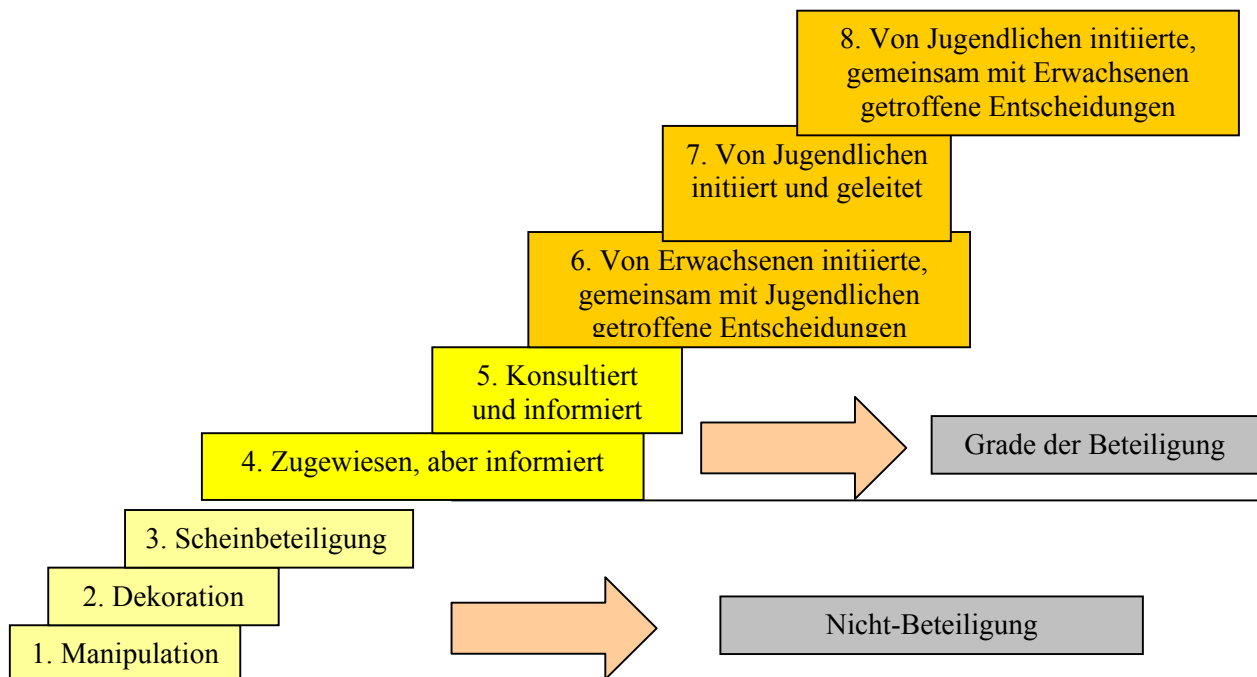
Eine hilfreiche Illustration, mit der wir auch gearbeitet haben, ist die "Partizipationsleiter"⁴⁵. Mit ihrer Hilfe kann stets versucht werden festzustellen, welcher Grad von Partizipation gerade erreicht ist.

⁴² Siehe auch Wilmott (1987).

⁴³ Siehe auch Social Exclusion Team (2001).

⁴⁴ Siehe auch Feldmann (2000: 61), Ketter (2001: 822) und Bur, Stevens und Young (1999).

⁴⁵ Sherry Arnstein hat 1969 als Erste eine Partizipationsleiter entwickelt, die sich jedoch auf die Beteiligung von Erwachsenen bezog. Die hier wiedergegebene ist (eine Übersetzung der englischen Version und ist) daran angelehnt, bezieht sich jedoch auf Kinder und Jugendliche. Siehe Hart (1997).



Enge zeitliche Zusammenhänge zwischen der Planung und der Umsetzung von lokalen Projekten sind besonders wichtig, da lange zeitliche Abstände bei den beteiligten Kindern und Jugendlichen zur Frustration führen⁴⁶ und eine gemeinsame Auswertung des Projektes oft unmöglich machen (auf Grund der hohen Fluktuation der Beteiligten). Gleich-zeitig ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass das Entwickeln und Umsetzen mittel- und längerfristiger Beteiligungsstrategien Zeit brauchen, weil sie wesentlich an das Aufbauen von Netzwerken gebunden sind.

Die **unterstützenden Strukturen vor Ort** sind in der Praxis von Beteiligungsprojekten von *entscheidender* Bedeutung. Dazu gehören die Ausstattung mit Personal und Sachkostenetat ebenso wie ein Netz von Initiatoren, Trägern und Kooperationspartnern⁴⁷. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe auf der einen und Politik und Verwaltung, Schulen, Vereinen, Verbänden und Kirchgemeinden auf der anderen Seite, der Austausch und die Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter entscheidet ganz maßgeblich darüber, in

wieweit Interessen von Jugendlichen vermittelt und realisiert werden können.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung ist die Fairness, d.h. die Machtdifferenz zwischen Fachleuten und Laien sollte im Idealfall weitestgehend ausgeglichen werden, indem versucht wird, allen Beteiligten die gleichen Einflusschancen zu gewähren. Dazu gehört ebenfalls eine **Transparenz**, was Entscheidungen und Ziele der einzelnen Beteiligten anbelangt, um die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Hierzu gehört vor allem eine offene Informationspolitik und Konfliktaustragung, um Verständigungsschwierigkeiten auf Grund von Wahrnehmungsunterschieden und Missverständnissen möglichst schnell beseitigen zu können.

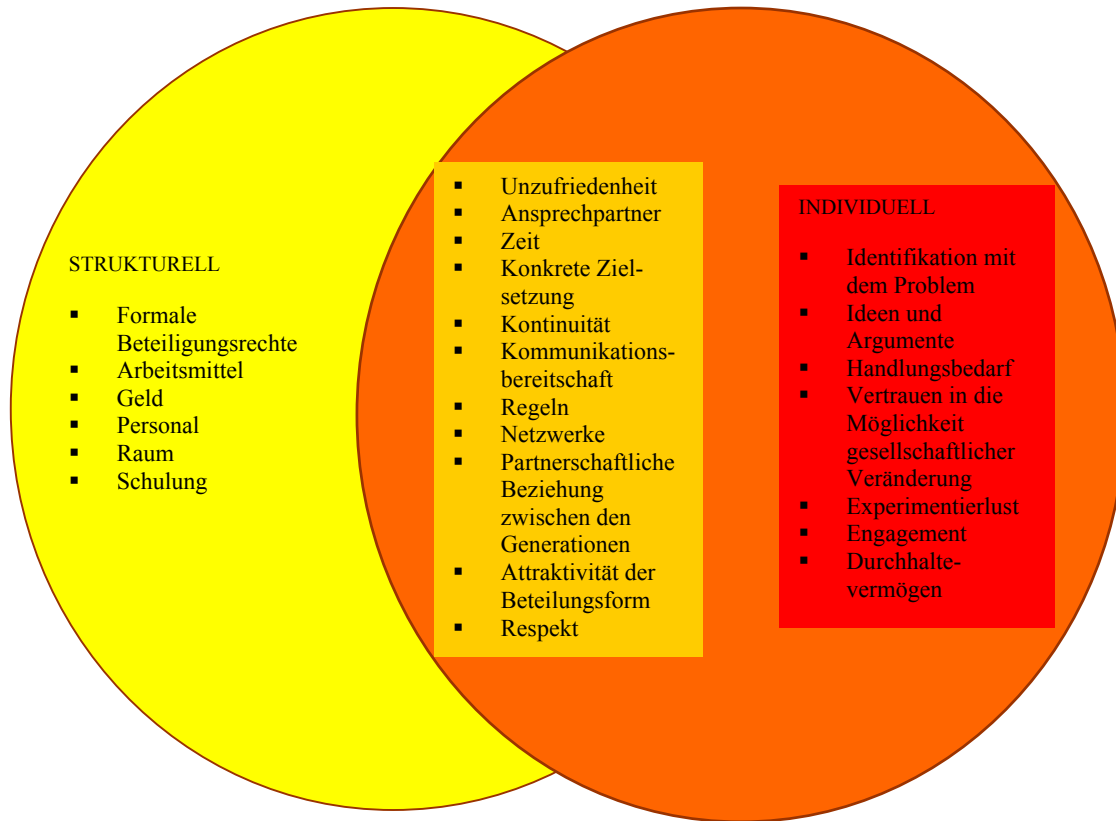
Im Zuge unserer Diskussionen haben wir eine Vielzahl von **Bedingungen von Beteiligungsmodellen** festgehalten und versucht, diese in strukturelle und indivi-

⁴⁶ Siehe auch Feldmann (2000: 60).

⁴⁷ Siehe auch Bruner, Winklhofer und Zinser (1999: 75) sowie Bayerischer Jugendring (1997: 17).

duelle Kategorien zu unterteilen, d.h., welche Bedingungen strukturell vorhanden sein müssen, damit Beteiligung gelingen kann und welche das partizipierende Individuum mitbringen sollte. Dabei ist uns deutlich

geworden, dass nicht alle Bedingungen eindeutig der einen oder anderen Seite zuzuordnen sind; diese wurden in einer Schnittmenge fest-gehalten:



Welche Elemente sind über diese grundsätzlichen Bedingungen hinaus wünschenswert?

Wichtig ist z.B. dass Beteiligungsformen **prozessorientiert** sind, das heißt, dass sie möglichst nicht auf ein einmaliges Happening reduziert werden, sondern in eine längerfristige Beteiligungsstrategie eingebunden sind⁴⁸. Dadurch können kurz-fristige Zielverfehlungen eher kompensiert werden. Des weiteren ist zu vermuten, dass der Prozesscharakter hilfreich dabei sein kann, Netzwerke aufzubauen und zu unterstützen. Innerhalb prozesshaft konzipierter Beteiligungsmodelle müsste es auch möglich sein, sich am jeweiligen Kontext zu orientieren und somit weder Jugendliche noch Erwachsene zu über-fordern.

Es ist weiterhin wünschenswert, dass Beteiligungsstrategien sowohl **individuelle**

als auch kollektive Ressourcen, Bedürfnisse und Potenziale eines gegebenen Stadtteils erkennen, akti-vieren und nutzen und diese miteinander in Beziehung setzen⁴⁹. Dies würde auch einem Wegkommen von isolierten Problembearbeitungen entgegenkommen.

Als eine lokale Strategie zur Überwindung von Ausgrenzung wurde das Konzept des **Community capacity building** (Verstärkung kommunaler Potenziale) diskutiert, das die Vernetzung von individuellen und strukturellen Empowerment-Strategien beinhaltet. Dieses Konzept umfasst die Arbeit mit nachbarschaftlichen Gruppen und Organisationen, um ihre Strukturen, Systeme und Vernetzung zu fördern. Es strebt an, die Fertigkeiten und Kenntnisse der EinwohnerInnen eines begrenzten Gebietes zu entwickeln, damit sie 1) eine aktivere Rolle in den sozialen und ökonomischen Räumen, in denen sie sich bewegen, übernehmen können;

⁴⁸ Siehe auch Bruner, Winklhofer und Zinser (1999: 80).

⁴⁹ Siehe auch Fülbier / Münchmeier (2001: 848).

2) aktiver an der Entwicklung und Durchführung sozialer Dienstleistungen teilnehmen können; 3) die Entscheidungsprozesse, die ihr Leben berühren, beeinflussen können und 4) Netzwerke entwickeln, die diese Ziele unterstützen⁵⁰.

Es gibt eine **Vielzahl von institutionalisierten und niedrighschwel-ligen Beteiligungsformen**⁵¹, die zusammen idealerweise in einen Prozess münden: repräsentative, offene sowie projektorientierte. Es ist wichtig, sich bei der Auswahl der Projektform und -methode darüber im Klaren zu sein, dass mit der Arbeitsform eine Vorauswahl der sich beteiligenden Jugendlichen getroffen wird. Im Rahmen der Jugendsozialarbeit bieten sich vor allem niedrighschwellige Beteiligungsmodelle an, deren Vorteil darin besteht, dass sie eine ungefilterte Artikulation der Jugendlichen ermöglicht ohne ausgeprägte Kenntnisse von Betei-ligungsformen vorauszusetzen. Diesen Vorteilen stehen jedoch auch gravierende Nachteile gegenüber: die mangelnde Insti-tutionalisierung und damit auch die man-gelnde finanzielle Absicherung, die der Entwicklung einer längerfristigen Betei-ligungsstrategie entgegen stehen⁵².

Ein **gewisser Grad an Institutionalisi-erung** auch niedrighschwelliger Angebote ist nötig, damit Mitsprachemöglichkeiten nicht nur vom persönlichen Kontakt und vom good will der Erwachsenen abhän-gen⁵³. Dabei ist die institutionelle Veran-kerung noch keine hinreichende Bedin-gung für die Verwirklichung von Partizi-pation. Schließlich ist es anzustreben, dass institutionalisierte und niedrighschwel-lige Formen der Beteiligung zusammen-gebracht werden, um anschließend auf die Ebene der politischen Lobbyarbeit trans-feriert zu werden.

⁵⁰ Mehr zu diesem Konzept siehe Skinner (1997). In Deutschland gibt es ein ähnliches Konzept, das mit dem Begriff "Empowerment" beschrieben ist. Siehe Urban (2001).

⁵¹ Siehe auch Bruner, Winklhofer und Zinser (1999: 28) sowie Institut für Entwicklungsplanung und Strukturfor-schung GmbH (1999: 19) und Möller (2000: 389).

⁵² Siehe auch Bayerischer Jugendring (1997: 16).

⁵³ Siehe auch Bruner, Winklhofer und Zinser (2001: 92).

3.4 Praktische Erfahrungen / Erkenntnisse

Es gibt noch einige **Hemmnisse bei Partizipationsstrategien**. Diese lassen sich in einzelne Kategorien unterteilen, wenngleich diese sich oft überschneiden: gesellschaftliche, gesetzliche, sozialpoli-tische, machtpolitische, verwaltungstech-nische und finanzielle.

In die Kategorie, die man "**gesell-schaftlich**" nennen kann, fallen unter-schiedliche Punkte, die mit generellen gesellschaftlichen Entwicklungen zusam-menhängen. Zunächst ist hier einmal eine **fehlende Akzeptanz der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** festzustellen. Diese werden vielmehr, da noch nicht volljährig und somit ohne Wahlrecht, als Bürger zweiter Klasse behandelt, deren Interessen und Bedürfnisse nur sporadisch, meist willkürlich und meist unverbindlich wahrgenommen bzw. berücksichtigt werden. Die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz von Jugend-lichen wurde insbesondere von den englischen Beteiligten hervorgehoben. Eine wesentliche Konsequenz der man-gelnden Akzeptanz ist ein zunehmender Motivationsmangel seitens der Kinder und Jugendlichen, sich überhaupt in Beteili-gungsverfahren einzubringen. Zusammenfassend ist dieser Aspekt mit den Begriffen "Paternalismus" und "Bevormundung" beschrieben: Kinder und Jugendliche werden von Erwachsenen nicht hin-reichend ernst genommen. Ein wichtiger Ort um dem entgegen zu wirken, ist die Schule, die ihren demokratischen Auftrag der Bildung von aktiven, partizipierenden jungen Menschen noch nicht hinreichend ausfüllt und ihr partizipatorisches Potenzial nicht ausschöpft.

Ein weiteres Hemmnis für gelungene Beteiligung von Jugendlichen (aber durchaus auch von Erwachsenen) ist die **allgemeine Tendenz der Entpolitisie-rung genuin öffentlicher Fragen**. So werden viele Themen gar nicht erst öffentlich diskutiert, werden dem Zugriff durch die Öffentlichkeit entzogen. Diese Entwicklung ist besonders bei größeren Bauvorhaben, aber auch allgemein bei Fragen der Gestaltung des öffentlichen Raums zu

beobachten. In beiden Fällen wenden sich die Ausschreibenden sehr viel häufiger an private Unternehmen oder aber so genannte Expertenkommissionen als an die letztendlichen Nutzer und Nutzerinnen der jeweiligen Räume / Orte. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass die entsprechenden Themen nicht als parti-zipationsfähig gelten, den Bürgern und Bürgerinnen nicht zugetraut wird, sich eine kompetente Meinung zu bilden, und Kindern und Jugendlichen schon mal gar nicht. In diesen Fällen kann durchaus von **pädagogischer Bevormundung** und einer gewissen Art der Entmündigung gesprochen werden, qua derer die eigentlichen Experten und Expertinnen öffentlicher Räume zu Statisten degradiert werden.

Weiterhin schlägt sich die mangelnde Akzeptanz von Beteiligungsprozessen in - vor allem für benachteiligte Jugendliche! - **zu hohen Anfangshürden** nieder. Für einen jungen Menschen, der möglicherweise mit wenig Selbstvertrauen ausgestattet ist, Schwierigkeiten beim Lesen, Angst vor offiziellen Ämtern und ein allgemein eher schwieriges Verhältnis zu ihm übergeordneten Autoritäten hat, ist es nur schwer vorstellbar, sich aktiv in streng formalisierte Beteiligungsverfahren einzu-bringen, und sei es nur auf Grund der dort vorherrschenden Fachsprache. Dies heißt jedoch nicht, dass eben dieser Mensch nicht eine Vielzahl von Ideen haben kann, wie bestimmte Aspekte seines eigenen wie des öffentlichen Lebens besser gelöst werden könnten.

Schließlich, und dieser Punkt ist nicht der unwichtigste, gibt es **weit verbreitete Vorurteile** - "unfähig, unzuverlässig, unwillig, unehrlich, unsauber, ohne Ausdauer" etc. - gegenüber Randgruppen, die oft von vornherein verhindern, dass es zu einer Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren kommt.

Diese allgemeinen gesellschaftlichen Prägungen schlagen sich natürlich in **gesetzlichen** Bestimmungen nieder. Diese fangen bei Mitbestimmungsrechten in Kinder-gärten und Schulen an und führen über festgelegte Rechte bspw. in den Gemein-deräten bis hin zu dem gesetzlich festgelegten Mindestwahlalter.

Ein nächster hemmender Faktor für Beteiligungsprojekte sind **sozialpolitische**

Entwicklungen. Insbesondere für benachteiligte Jugendliche sind hier zwei Tendenzen bedeutsam: die Brüchigkeit und Strukturierung sozialer Dienstleistungen und die Individualisierung gesellschaftlicher Schief lagen. Mit **"Brüchigkeit und Strukturierung sozialer Dienstleistungen"** ist gemeint, dass die Anbieter sozialer Dienste zum einen nicht gut genug miteinander vernetzt sind und zum anderen teils sich gegenseitig blockierende Entscheidungen treffen. So ist der positive Bescheid für den Erhalt einer Sozialhilfe nicht viel wert, wenn diese nicht zum Bezahlen der Miete genutzt werden kann, weil junge Menschen ohne Arbeit keinen eigenen Mietvertrag erhalten. Darüber hinaus gehen die Angebote sozialer Dienstleistungen oft an den Bedürfnissen und Interessen von benachteiligten Jugendlichen vorbei, was nicht zuletzt daran liegt, dass ebenjene nicht in die Planung und Durchführung der jeweiligen Dienstleistungen einbezogen werden.

Die andere, mindestens genauso schwerwiegende sozialpolitische Entwicklung ist die seit Mitte der 80er Jahre zu beobachtende **Individualisierung gesellschaftlicher Schief lagen** wie insgesamt die Abnahme gesellschaftlicher Solidarität⁵⁴, frei nach dem Motto "Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied". Durch diese schwerwiegende Entwicklung wird das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, das sich auch in der Europäischen Grundrechtcharta wiederfindet, zunehmend ausgehöhlt. **Wer sozial ausgegrenzt ist, ist selber schuld** und muss dementsprechend auch selber zusehen, wie er/sie sich aus dieser Lage befreien kann. Kinder und Jugendliche, die in einem solchen Klima groß geworden sind und zudem die Massenmobilisierungen der sozialen Bewegungen der 70er und Anfang der 80er Jahre nicht mitbekommen haben, verlieren zunehmend die Vorstellungskraft darüber, dass soziale Probleme gesellschaftlich und nicht individuell bedingt sind. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sie darüber das Interesse und den Mut verlieren (oder gar nicht erst gewinnen), sich zusammenzuschließen, um sich für ihre Belange aktiv einzubringen.

⁵⁴ Siehe Craig, Mayo und Taylor (2000).

Besonders deutlich spiegelt sich diese Entwicklung in den Ergebnissen der Lübecker Erhebungen wider. Hier herrschte unter den befragten Jugendlichen weitestgehend die Ansicht, dass Ausgrenzung selbst verschuldet ist, und Ausgrenzte selbst aktiv werden müssen, um sich wieder einzugliedern. Schwach zu sein oder Schwäche zu zeigen, so die Jugendlichen, ist nicht "angesagt" und als solches schon ein möglicher Ausgrenzungsfaktor.

Aber auch in Leipzig kamen gesellschaftliche, ausgrenzende Faktoren unter den jugendlichen Schülern und Schülerinnen kaum zum Tragen; selbst Arbeitslosigkeit wurde hier kaum als ein Merkmal sozialer Ausgrenzung gesehen - merkwürdigerweise im Gegensatz zu einem fehlenden Ausbildungsplatz.

Neben den bereits erwähnten sind **machtpolitische** Aspekte bei Beteiligungsprojekten nicht zu unterschätzen. Die **Bewahrung von Macht ist ein leitendes Handlungsprinzip** bei allen potenziell Beteiligten: den Eltern, gewählten politischen RepräsentantInnen, innerhalb der Verwaltung bis hin zu SozialarbeiterInnen, um nur einige zu nennen. Allesamt sind sie zumeist besorgt um die Aufrechterhaltung ihres jeweiligen Machtbereiches, und sei er noch so klein. Der deutlichste Ausdruck dieser Mentalität ist die **Abneigung gegen die Institutionalisierung von Mitbestimmungsrechten** und deren Verwirklichung, so dass Beteiligungsprojekte jedes Mal aufs Neue vom "good will" der Erwachsenen abhängen. Genauso drückt sich der Wille zur Macht in einem oft mangelhaften Informationsfluss bzw. fehlender Transparenz aus: beides lässt Beteiligungsverfahren zur Farce werden.

Ein vorletzter Faktor, der sich hemmend auf Beteiligungsmodelle auswirkt, ist in der **Verwaltung** bzw. öffentlichen Ämtern zu orten. **Zu langwierig** sind die Verwaltungserfahren oft, bevor ein potenzielles Projekt beginnen kann, ein Ort zur Verfügung steht oder auch begleitende Personen. Als Begründung können hier sicherlich existierende (gesetzliche) Bestimmungen hochgehalten werden. Es ist jedoch auch zu vermuten, dass seitens vieler Menschen, die in Verwaltungen tätig sind, ein Hemmschuh besteht, sie sich sowohl organisatorisch als auch fachlich überfordert fühlen und zudem

befürchten, in Konflikt mit ihren oberen Dienstherren zu geraten, sollten sie sich zu sehr für die Belange benachteiligter Menschen einsetzen. Insbesondere in England wurde eine mangelhafte Unterstützung der Belange der Jugendlichen durch die öffentlichen Ämter festgestellt, genauso wie eine mangelhafte Abstimmung der einzelnen Ämter untereinander, wodurch die Jugendlichen letztendlich durch das soziale Netz fallen. Um dem entgegenzuwirken, wird dort die Idee einer "Young people's task force" diskutiert, durch die die Jugendlichen einen größeren Einfluss auf soziale Einrichtungen und deren Dienstleistungen erhalten sollen.

Schließlich ist auf die **finanzielle** (und damit auch **personelle**) Ausstattung von Beteiligungsprojekten hinzuweisen. Deren eklatante Mangelhaftigkeit verhält sich proportional zu den weiter oben genannten Faktoren und drückt insofern ganz real aus, wie wenig die Beteiligung von Jugendlichen ernst genommen wird⁵⁵.

Bei gut eingebundenen Beteiligungsprojekten sind hingegen folgende Resultate möglich:

Es kann zu einem **gestärkten Selbstvertrauen und zu einer größeren Selbstständigkeit** kommen; beides ist verknüpft mit einem größeren Wissen um die eigenen Stärken und Schwächen und damit der Fähigkeit zur Selbstreflexion und -korrektur - was bei der Überwindung sozialer Ausgrenzung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Des Weiteren können **kommunikative und soziale Kompetenzen** verstärkt werden, und zwar derart, dass es zu einer größeren Konflikt- und Kompromissfähigkeit kommt (veränderte Streitkultur). Genauso wird das Durchhaltevermögen trainiert (Zeitsinn). Auf der individuellen Ebene der Jugendlichen ist weiterhin das **aktive Lernen demokratischer Rechte** sowie das **Erlangen größerer Fachkenntnisse** zu verbuchen⁵⁶.

Jugendliche wie Erwachsene können darüber hinaus zu **einer hohen Identifikation mit**

⁵⁵ Siehe Bur, Stevens und Young (1999).

⁵⁶ Siehe auch Brunder, Winklhofer und Zinser (2001: 91)

gemeinsam realisierten Beschlüssen und Projekten gelangen, was sowohl der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung⁵⁷ - und damit der **Stärkung des sozialen Zusammenhalts** - als auch einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen den Generationen zugute kommt⁵⁸.

Strukturell ist eine **Zunahme des demokratischen Diskurses** in der Kommune bzw. der Region denkbar⁵⁹, genauso wie es zu einer **Verbesserung sozialräumlicher Ressourcen**⁶⁰ und zu der Schaffung und **Verankerung von lokalen Netzwerken** kommen kann. Und, last but not least, kann die Initiierung einer Veränderung bzw. das Erreichen eines gesteckten Zieles neue partizipative Potenziale freisetzen.

Zusammenfassend können wir folgende Punkte, die sich im Austausch unter den Projektpartnern mit Blick auf die Entwicklung von Beteiligungsstrategien herauskristallisiert haben, festhalten:

1. Um sozialen Zusammenhalt zu fördern, ist eine **bewusste Beteiligung der Schwächeren von entscheidender Bedeutung**, damit sie gegenüber den Stärkeren nicht noch mehr benachteiligt werden⁶¹. Darüber hinaus gewinnen sozial ausgegrenzte Jugendliche im Rahmen von Beteiligungsprojekten überhaupt erst eine Öffentlichkeit für ihre Belange.
2. **Soziale Ausgrenzung ist multidimensional und gestaltet sich prozesshaft**, d.h. dass sich soziale Ausgrenzung bspw. nicht allein auf materielle Armut oder Bildungsdefizite reduzieren lässt, noch kann behauptet werden, dass Menschen von heute auf morgen sozial ausgegrenzt werden (*werden*, da Ausgrenzung immer die Grenzziehung zwischen "innen" und "außen" beinhaltet und nicht unabhängig von mehr oder weniger bewussten Entscheidungen der "Insider" existiert).
3. Dies bedeutet, dass **Strategien**, die gegen soziale Ausgrenzung angehen wollen,

ebenso multidimensional und prozesshaft konzipiert sein müssen, dass also eine Vielzahl von (institutionalisierten und niedrighschweligen) Beteiligungsformen komplementär zueinander begriffen werden müssen.

4. Es müssen jedoch erst eine ganze Reihe von Kriterien zusammentreffen, um Erfolg versprechende Beteiligungsformen zu ermöglichen. Zu nennen wären hier zuallererst das eindeutige Bekenntnis von Politik und Verwaltung zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, die **Bereitschaft von Politik und Verwaltung, Macht und Kompetenz zu teilen** sowie die Bereitschaft, Kinder und Jugendliche wirklich ernst zu nehmen - und dafür die nötigen Ressourcen bereit zu stellen.
5. Es macht wenig Sinn, über Beteiligungsstrategien für benachteiligte Jugendliche zu diskutieren, ohne die Jugendlichen selbst aktiv einzubeziehen und ihnen **jetzt und heute konkrete Rechte zu gewähren**. Wenn Kinder heute früher Jugendliche und diese wiederum früher Erwachsene werden, dann müssen ihnen auch die entsprechenden gesellschaftlichen Gestaltungs- und Verantwortungsräume zugestanden werden. Viele Kinder- und Jugendrechte existieren bereits, sei es innerhalb nationaler Gesetzgebungen oder aber im Rahmen der UN-Kinderrechtskonvention⁶². So bspw. das Recht auf aktive, altersgerechte Mitwirkung an allen sie betreffenden Fragen⁶³. Sie werden nur allzu häufig nicht umgesetzt.

Partizipation ist ein zentrales Element unter vielen, die zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung beitragen. Beteiligungsprojekte - so sie gut eingebunden sind - tragen des Weiteren zu einer Persönlichkeitsentwicklung bei, die benachteiligten Jugendlichen bei der Überwindung ihrer spezifischen Ausgrenzung hilfreich sein können.

⁵⁷ Siehe auch Feldmann (2000:60).

⁵⁸ Siehe auch Feldmann (2000: 10).

⁵⁹ Siehe auch Bartscher (1998: 33).

⁶⁰ Siehe auch Verein für Kommunalwissenschaft e.V. (2000: 32) sowie Schmidt (2001: 104).

⁶¹ Siehe auch EAPN (1999: 9).

⁶² UN-Kinderrechtskonvention (1989):

<http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/k2crc.htm>

⁶³ Siehe Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH (1999: 13) sowie Möller (2000: 383) und Mierendorff (2001: 55 f.).

Partizipative Strategien *können* dazu beitragen, der Individualisierung gesellschaftlicher Schieflagen entgegenzuwirken, indem gemeinsam für konkrete Probleme Lösungen entwickelt und gegebenenfalls auch durchgesetzt werden. In Beteiligungsprojekten, die per definitionem unterschiedliche Akteure - und gängigerweise auch mehrere Jugendliche - umfassen, können Jugendliche erkennen, dass ihre Benachteiligung größtenteils keine individuellen, sondern gesellschaftlich zu verortende Ursachen hat, sie deshalb aber nicht hilflos sind.

Wenn von Erwachsenen das Interesse an Mitwirkung von Jugendlichen geäußert wird, muss diese auch mit faktischen Einflussmöglichkeiten verbunden sein. **Zu vermeiden ist in jedem Fall eine Instrumentalisierung und/oder eine Manipulation der Jugendlichen.**

3.5 Empfehlungen

Die Projektgruppe möchte an die Kommission folgende Empfehlungen weitergeben:

- Um sozialer Ausgrenzung entgegenzutreten, bedarf es eines **umfassenden Informations- und Sensibilisierungsprogrammes über das Phänomen "soziale Ausgrenzung"**, da diese sich meist im Unsichtbaren abspielt und sich nur nachhaltig wird reduzieren lassen, wenn sie breit aufgezeigt wird. Des weiteren muss das Phänomen noch stärker erforscht und die Definition von "sozialer Ausgrenzung" sowie die Indikatoren zu deren Bemessung vorangetrieben werden. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht nur "harte" Indikatoren (Einkommen, Eigentum bzw. Schulden, Bildungsabschluss, etc.), berücksichtigt werden, sondern auch "weiche" (wie bspw. das Selbstvertrauen oder die Erfahrung von Diskriminierung). Modellprojekte müssen konsequenter evaluiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sowie breiteren Einfluss in strukturelle und regionale Politiken finden. Insofern unterstützen wir die Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission, innerhalb des Aktionsprogrammes "Social Inclusion" diesen Bereichen eine besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.
- **Bei der Entwicklung sowie bei der Evaluation von Programmen und Projekten**, sei es auf EU-, sei es auf nationaler oder lokaler Ebene⁶⁴, sollte stärker darauf geachtet werden, die entsprechende **Zielgruppe - in diesem Fall sozial ausgegrenzte Jugendliche - aktiv einzubeziehen**. Nur dadurch kann erreicht werden, dass die entsprechenden Maßnahmen ihre Zielgruppe nicht verfehlen, bereits bestehende Ressourcen genauso wie lokale Defizite wahrgenommen werden und den Menschen tatsächlich geholfen wird.
- Ein zentrales Anliegen sollte es zukünftig genauso sein, die **Einbeziehung benachteiligter Jugendlicher in die existierenden Programme** gezielt zu fördern und zu unterstützen - und das wird ohne einen höheren personellen und finanziellen Aufwand genauso wenig zu realisieren sein wie ohne entsprechende Sensibilisierungsmaßnahmen von in der Verwaltung, Politik und Schule Tätigen sowie von Ausbildenden.
- Genauso müssen soziale Dienstleistungen daraufhin überprüft werden, ob sie **jugendgerecht** sind. Dies kann nur über die aktive Einbeziehung der Jugendlichen in die Definition und Organisation der entsprechenden Dienstleistungen erreicht werden.
- Es bedarf eines eindeutigen Bekenntnisses von Politik und Verwaltung zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, die **Bereitschaft von Politik und Verwaltung, Macht und Kompetenz zu teilen** sowie die Bereitschaft, Kinder und Jugendliche wirklich ernst zu nehmen - und dafür die nötigen Ressourcen bereit zu stellen.
- In diesem Sinne ist dafür Sorge zu tragen, dass **institutionalisierte Vertretungsorgane von Jugendlichen**, wie bspw. die lokalen, regionalen und überregionalen Schülervertretungen, Jugendringe u. ä.m. zwingend von Verwaltungen und Politik zu allen sie betreffenden Fragen angehört werden und ihnen in den entsprechenden Gremien **größere Mitspracherechte** eingeräumt werden.
- **Kommunikationsprobleme** zwischen den Involvierten eines Beteiligungsprozesses sind - neben machtpolitischen Aspekten - häufig ein Grund für Missverständnisse, die zu Blockadeerscheinungen führen können. Hier bedarf es sowohl Erwachsener als auch Jugendlicher, die als **SchlichterInnen und ModeratorInnen** fungieren.
- Ebenso sind ausführliche **Bestandsaufnahmen bestehender lokaler Ressourcen genauso wie lokaler Defizite** anzustreben, z.B. in den Bereichen Sprachförderung, Schul- und Bildungsplanung, Berufs- und

⁶⁴ Wie bspw. in Deutschland das Programm "Soziale Stadt". Siehe Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (2000).

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

Erwerbsarbeitsplanung, Kinderbetreuung, Wohnungsbeschaffung, psychosoziale Beratung. Dies ist nötig, damit Programme zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung ihre Zielgruppen nicht verfehlen sondern im Gegenteil die Aktivierung lokaler Ressourcen erreichen. Dies ist in Kooperation mit den einzelnen, für die lokalen Netzwerke relevanten Akteuren zu realisieren (Jugendliche, Stadtverwaltung, Schulen, Kirchengemeinden, NGOs, Ausbildungsbetriebe, etc.).

- **Integration muss umfassend, systematisch und nachhaltig gefördert werden.** Und Nachhaltigkeit bedeutet hier, dass gesellschaftliche Integrationsprozesse als dauernde gesellschaftspolitische Aufgabe verfolgt und nicht durch gleichzeitige Ausgrenzungsstrategien konterkariert werden. Ziel muss es sein, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Zu diesem Zweck sollten **lokale Anlaufstellen** vorhanden sein, die von Erwachsenen und Jugendlichen gemeinsam organisiert und geleitet werden. Zweck der Begleitstellen ist es, Jugendlichen bei der Inanspruchnahme ihrer Rechte behilflich zu sein, sie in weiterbildenden Maßnahmen zu unterstützen bzw. diese selbst anzubieten und sicherzustellen, dass sie bei der Planung und Durchführung von lokalen Beteiligungsverfahren aktiv berücksichtigt werden.
- Darüber hinaus sollten lokale Netzwerke, öffentliche Institutionen, lokale Verwaltungen und die Wirtschaft **Mechanismen entwickeln, die Jugendlichen Gelegenheiten bieten, sich weiter fortzubilden und praktische Arbeit in ihrer Nachbarschaft zu leisten.** Dies könnte die Beratung durch Jugendliche genauso einschließen wie Aktions-Forschung mit Hilfe der IKT, Quartiersmanagement oder die Entwicklung neuer Projekte. Ziel dieser Aktivitäten wäre, Jugendliche in die Lage zu versetzen, transferierbare und dokumentierte Fertigkeiten zu entwickeln, um anschließend leichter einen Arbeitsplatz zu erhalten.
- **Partizipationsprojekte müssen längerfristiger finanziert werden.** Dies hat unterschiedliche Gründe: sie bauen auf einer gewissen Vertrauensbasis zwischen Erwachsenen und Jugendlichen auf, die zunächst einmal hergestellt werden muss (zeitintensiv) und nicht willkürlich auf andere Personen übertragen werden kann. Ähnlich zeitintensiv ist es, gute Kontakte zu VertreterInnen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, sozialen Ämtern, Schulen, etc. zu gewinnen. Diese sind jedoch für das Gelingen von Partizipationsprojekten unabdingbar. Schließlich werden im Rahmen von Beteiligungsprojekten vor allem bei den Jugendlichen Erwartungen und Hoffnungen geweckt, deren Nicht-Erfüllung letztendlich gravierender ist als wenn es erst gar kein Beteiligungsprojekt gegeben hätte.
- Solange soziale Integration wesentlich über die Teilnahme am Arbeitsmarkt definiert bleibt, müssen insbesondere benachteiligten Jugendlichen verstärkt **Möglichkeiten der Qualifizierung, und somit des Einstiegs in den Arbeitsmarkt,** geboten werden. In diesem Kontext sollte es verstärkt zu einer **Zertifizierung von "life skills"**, aber auch von im Prozess der Arbeit erworbenen Kenntnissen und Kompetenzen kommen.
- Schließlich sollte sich die **Philosophie des Wohlfahrtsstaats** von dem Fokus der Kompensation von Armut (Sozialversicherung) wegbewegen hin zu Maßnahmen, die langfristige Integration fördern (Soziale Investition), wenn Ausgrenzung bzw. Arbeitslosigkeit nicht zukünftig *die* prägende Generationserfahrung werden soll.

Sandra Kröger,

BAG EJSA

3.6 Bibliographie

- Aust, Andreas, Leitner, Sigrid und Stephan Lessenich (2000): "Sozialmodell Europa. Eine konzeptionelle Annäherung", in: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.) (2000), Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens, Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 4/2000, Opladen; Leske + Budrich, S. 7-22
- Bartscher, Matthias (2000): "Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit", in: Dokumentation der "Startkonferenz der Quartiersmanager", S.6-20
- Ders. (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag
- Bayerischer Jugendring (1997): Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Gemeinden, München: Bayerischer Jugendring
- Blaye, Emily (2002): "Soggy Chips, but a lush cheese pasty", London: The Children's Society
- Bruner, Claudia Franziska, Winklhofer, Ursula und Claudia Zinser (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune - Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung, München: Presse-Druck und Verlags-GmbH Augsburg
- Bukow, Wolf-Dietrich und Susanne Spindler (Hg.) (2000): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder. Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen, Opladen: Leske + Budrich
- Bur, Anne-Marie, Stevens, Alex and Lucy Young (1999): Include Us In, EISS
- Coles, Bob (1995): Youth & Social Policy, UCL Press
- Commission Européenne (2001a): Gouvernance européenne - Livre Blanc, Luxembourg: Office des publications officielles des Communautés européennes
- Dies. (2001b): Weissbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas, Brüssel, den 21.11.2001, KOM (2001) 681 endgültig
- Craig, Gary, Mayo, Marjorie and Marilyn Taylor (2000): Marilyn, "Globalisation from below: implications for the Community", in: *Community Development Journal*, Volume 35, Nr. 4, Oxford University Press
- Dabinett, Gordon (2000): "Regenerating Communities in the UK: getting plugged in to the Information Society", in: *Community development Journal*, Volume 35, Nr. 2, Oxford University Press
- Debiel, Stefanie (2000): "Kinder und Jugendliche", in: Bukow, Wolf-Dietrich und Susanne Spindler (Hg.) (2000), Die Demokratie entdeckt ihre Kinder. Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen, Opladen: Leske + Budrich, S. 47-54
- Deutsches Jugendinstitut (1998): Literaturreport 1997, München: Presse-Druck und Verlags-GmbH Augsburg

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

- EAPN (1999): "A Europe for all: For a European Strategy to Combat Social Exclusion", contribution to the European Commission "Conference of May 6-7 1999"
- Feldmann, Eva (2000): Jugendbeteiligung in der Politik - (K)EIN KINDERSPIEL?!, München: Eigenverlag
- Fitzpatrick, Suzanne, Hastings, Annette and Keith Kintree (1998): Including young people in urban regeneration: a lot to learn? Joseph Rowntree Foundation
- Frazer, Hugh (2001), "Developing a Common Understanding of Youth Social Inclusion", in: Developing a European gateway for Youth Social Inclusion Programmes, Konferenz-dokumentation, S. 10-19
- Fülbier, Paul und Richard Münchmeier, (2001): "Sozialräumliches Verständnis von Jugend und sozial-räumliche Ansätze" in Münchmeier, Richard (Hg.) Handbuch Jugendsozialarbeit, Band II, Münster: Votum Verlag, S.847-861
- Anthony Giddens(1998): The Third Way: the Renewal of Social Democracy, Cambridge: Polity Press
- Gueslin, André und Dominique Kalifa (Hg.) (1999): Les Exclus en Europe, Paris: L'Atelier
- Gilchrist, Alison (2000): "The Well Connected Community: networking to the edge of Chaos", in: *Community development Journal*, Volume 35, Nr. 1, Oxford University Press
- Guidikova, Irena (2001), "Developing a Common Understanding of Youth Social Inclusion", in: Developing a European gateway for Youth Social Inclusion Programmes, Konferenzdokumentation, S. 5-9
- Hart, Roger (1997), Children's Participation. The Theory and Practice of involving young citizens in community development and environmental care, London: Earthscan / Unicef
- Hermann, Michael (1996): Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache - Kinderbüros, Jugendforen und Jugendgemeinden, Münster: Ökotopia-Verlag
- Hills, John et al (1999): Persistent Poverty and Lifetime Inequality: the evidence, Case Report 5, Centre for Analysis of Social Exclusion
- Hobcraft, John et al (1999): "Childhood experiences and risks of adult social exclusion", London School of Economics
- Huster, Ernst-Ulrich (2001): "Soziale Ausgrenzung im Sozialstaat", in Münchmeier, Richard (Hg.), Handbuch Jugendsozialarbeit, Band I, Münster: Votum Verlag, S.160-173
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH (1999): Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familien, Hannover: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH
- Ketter, Per-Marcel (2001): "Der Kompetenzansatz in der Benachteiligtenförderung", in: Münchmeier, Richard (Hg.), Handbuch Jugendsozialarbeit, Band II, Münster: Votum Verlag, S.821-826

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

- Lenoir, René (1974): Les Exclus, un Français sur dix, Paris: Le Seuil
- Liebrich Ingo (2001): "Mitbestimmung und Partizipation", in Münchmeier, Richard (Hg.), Handbuch Jugendsozialarbeit Band II, Münster: Votum Verlag, S.862-873
- Mangen, Stehen (2001), "Developing a Common Understanding of Youth Social Inclusion", in: Developing a European gateway for Youth Social Inclusion Programmes, Konferenzdokumentation, S. 3-4
- Mielenz, Ingrid und Richard Münchmeier, (2001): "Jugendsozialarbeit als Entwicklungsstrategie", in: Münchmeier, Richard (Hg.), Handbuch Jugendsozialarbeit Band I, Münster: Votum Verlag, S.408-415
- Mierendorff, Johanna (2001): "Das Kind in der Bürgergesellschaft - Über die Notwendigkeit alters- und kindgerechter Beteiligung", in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 148, Jg. 3/4 2001, S.55-64
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (1996): Mittendrin und Aussenvor - Kinderbeteiligung und Alltagsdemokratie, Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Möller, Kurt: (2000), "Kommunalpolitische Partizipation von Jugendlichen - Entwicklungsstand und Qualitätskriterien", in: Neue Praxis, 4/2000, S.379-395
- Münchmeier, Richard (2001): "Jugend in der Krise der Arbeitergesellschaft - Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft", in: Münchmeier, Richard (Hg.), Handbuch Jugendsozialarbeit Band I, Münster: Votum Verlag, S.428-442
- Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren (2000): Soziale Stadt - Wege zu einer intakten Nachbarschaft, München: Rother Druck GmbH
- Ostner, Ilona (2000), "Auf der Suche nach dem Europäischen Sozialmodell", in: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.) (2000), Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens, Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 4/2000, Opladen; Leske + Budrich, S. 23-38
- Parkinson, Michael (1998): Combating Social Exclusion: lessons from area based programmes in Europe, The Policy Press
- Paugam, Serge (1996): L'Exclusion, l'état des savoirs, Paris: La découverte
- Puttnam, Robert (1993): "The Prosperous Community: Social capital and Public Life", in: The American Prospect, Nr. 13, Frühjahr
- Raffo, Carlo and Michelle Reeves (2000): "Youth Transitions & Social Exclusion: Developments in Social Capital Theory", in: Journal of Youth Studies, Volume 3, Nr. 2
- Schmidt, Jens (2001): ""Das war voll power...!" - Stadtteilorientierte politische Bildung mit benachteiligten Jugendlichen", in: Jugend Beruf Gesellschaft, 2.Vierteljahr, 52. Jg, S.101-108
- Schröder, Richard (2000): "Teilhabe und Mitwirkung als Kinderrecht", in: Dokumentation der Startkonferenz der Quartiersmanager, S.6-20

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

- Skinner, Steve (1997): Building Community Strengths, London: Community Development Foundation
- Social Exclusion Project Team (2001): Dimensions of Social Exclusion and Urban Change, Newcastle: Newcastle City Council
- Social Exclusion Unit (2000): A New Commitment to Neighbourhood Renewal, UK Cabinet Office
- The Lord Provost's Commission on Social Exclusion - (Hg.) (2000): Onecity, Edingburgh: The City of Edingburgh Council
- Urban, Ulrike (2001): "Die Handlungsmaxime "EMPOWERMENT" ", in: Münchmeier, Richard (Hg.), Handbuch Jugendsozialarbeit, Band II, Münster: Votum Verlag, S.814-820
- Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (2000): Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Hindernisse, Probleme, Erfolge, Berlin: Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
- Willow, Carolyne (2001): "Bread is for free", Save the Children
- Wilmott, Peter (1986): Social Networks, Informal Care & Public Policy, Policy Studies Institute
- Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.) (2000), Sozialmodell Europa. Konturen eines Phänomens, Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 4/2000, Opladen; Leske + Budrich

IV - Konferenzdokumentation

Vom **27. Februar 2002 - 1. März 2002** fand in **Brüssel die zentrale Konferenz** statt. Diese Konferenz bot zum einen den über die Koordinierungsgruppe hinausgehenden am Projekt Beteiligten die Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens und Aus-tauschs. Zum anderen konnten die Projekt-ergebnisse einem breiteren Fachpublikum vorgestellt und mit ihm diskutiert werden.

Modellcharakter bei der Implementierung von Partizipationsstrategien können nur denjeni-gen Projekten zugebilligt werden, die die Beteiligung von Jugendlichen wirklich ernst nehmen und diesen einen entsprechenden Raum einräumen. Daher waren sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Durch-führung **Jugendliche aus den drei Part-nerländern aktiv beteiligt** (wie auch an der sonstigen Durchführung des Projekts). Nicht zuletzt dadurch hat sich eine eigene, erfrischende Dynamik entwickelt, die, so unser Eindruck, durch gegenseitiges Zuhören und den , voneinander zu lernen gekennzeichnet war. Dies ist umso mehr hervorzuheben, als die Dimensionen sozialer Ausgrenzung national variieren, und auch die beteiligten Jugendlichen in sehr unter-schiedlichem Maße von sozialer Ausgren-zung betroffen sind - was sich hier und dort auch in den Diskussionen zeigte.

Eröffnet wurde die Konferenz durch den Geschäftsführer der BAG EJSA, Michael Fähndrich, durch die **Europa-Abgeordnete Lissy Gröner** sowie durch die Projektleiterin Sandra Kröger. Es wurde festgehalten, dass **immer mehr Jugendliche von sozialer Ausgrenzung betroffen** sind, und diese sich nicht auf Jugendarbeitslosigkeit reduziert, sondern vielschichtiger ist. Parallel hierzu ist in den westeuropäischen Staaten ein zuneh-mender Rückzug des Sozialstaats zu beob-achten, der den einzelnen Individuen immer mehr abverlangt. Es wurde darauf hinge-wiesen, dass Partizipation in diesem Kontext den Sozialstaat zwar ergänzen, nicht aber ersetzen kann.

Neben dem wachsenden Ausmaß von Ausgrenzung Jugendlicher ist ein anderer Trend zu beobachten: die "Jugend" wird

verstärkt wahrgenommen, was sich offiziell im November 2001 in einem - von der Europäischen

Kommission redigierten - **"Weißbuch Jugend"** niedergeschlagen hat. Die Kommission hat darin den Wunsch gezeigt, die Jugend künftig stärker zu berücksichtigen, gar einzubeziehen - eine alternativlose Entscheidung, da Europa nicht auf die Kompetenzen junger Menschen ver-zichten kann. Dort wurde u.a. festgehalten: **"Keine Demokratie ohne Partizipation"**.

Bei dem Thema Partizipation muss man sich jedoch zunächst fragen, von welcher Perspektive aus über Partizipation gespro-chen wird, von der der Jugendlichen oder von der der Erwachsenen? Darüber hinaus ist eine Vielzahl von Fragen zu klären, wie bspw. welcher strukturellen Rahmenbedingungen es für erfolgreiche Beteiligungsmodelle bedarf, welche Kompetenzen Jugendliche und Erwachsene jeweils brauchen, welche positiven Ergebnisse bei Beteiligungsprojek-ten erzielt werden können u.ä.m. All diese Fragen wurden im Laufe der Konferenz lebendig diskutiert und werden uns auch weiterhin beschäftigen.

Anschließend gab **Luc Tholoniati, DG Employment and Social Affairs**, einen Über-blick über den politischen und institutionellen Hintergrund des Projektes. Dabei zeigte er die bisherigen Entwicklungsschritte der **Europäischen Aktionsprogrammes "Social Inclusion"**, die daran beteiligten Akteure so-wie bisher festgestellte nationale Unterschie-de und gemeinsam festgehaltene Indikatoren zur Erfassung sozialer Ausgrenzung auf. Ein genannter Schwerpunkt, die **"Mobilisierung aller relevanten Akteure"**, so seine Ein-schätzung, ist bei der Umsetzung des Aktionsprogrammes die zentrale Heraus-forderung. Da bereits zu Anfang dieser Projektdokumentation auf den größeren Kontext des Projektes eingegangen wurde, soll hier der Verweis auf www.yes-forum.org genügen, einer durch die BAG EJSA zusammen mit europäischen Projektpartnern entwickelten Dialogplattform, auf der Infor-mationen zum Aktionsprogramm "Social In-clusion" der EU eingesehen werden können.

Anschließend hatten die vier Projektpartner die Gelegenheit, den **Projektverlauf an ihren jeweiligen Standorten** der großen Runde zu präsentieren. Da im vorderen Teil dieser Dokumentation hierzu Berichte vorlie-gen, wird

an dieser Stelle auf die einzelne Projektvorstellung verzichtet.

In einem nächsten Schritt hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit, im Rahmen eines von den Projektpartnern gestalteten **Marktplatzes** in Gesprächen und mit Hilfe vielfältiger Informationen an Stellwänden einen tieferen Einblick über die Projekt-verläufe zu erhalten. Diese Form war von der Projektgruppe in das Programm integriert worden, um eine direktere, weniger frontale Kommunikation zu ermöglichen und die Arbeit der einzelnen Standorte plastischer werden zu lassen. So konnte man sich hier anhand von Photos, Graphiken, Texten und Gesprächen ein kompletteres Bild von allen Projektpartnern machen.

Abgeschlossen wurde das offizielle Programm des ersten Tages mit einer **Ple-numsdiskussion zum Thema "Ist Partizipation ein Weg zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung?"**, die mit der Frage "Was würdet ihr ändern, wenn ihr Europa-Präsident würdet?" eingeleitet und von Mirco Trielli (ENAIP, Lucca) moderiert wurde. Die Ideen der Jugendlichen hierzu waren vielfältig: Die Trennung zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Religion abbauen, die Meinungen in der Gesellschaft berücksichtigen, Jugendlichen zuhören und sie ernst nehmen, lokale Verständigungsprozesse verbessern, indem Projekte mit den Menschen im Stadtteil durchgeführt werden, einen freien (und kostenlosen) Zugang zur Bildung gewährleisten, Sprachbarrieren zwischen Institutionen / Politik und Jugendlichen durch lokale "Sprach- und Zuhörkurse" abbauen.

In der Folge wurden in der Diskussion vor allem von Jugendlichen unterschiedliche Punkte genannt, die sich auf Erfahrungen während des Beteiligungsprozesses beziehen. So wurde hier **„zum ersten Mal etwas über meinen Stadtteil gelernt“**, dort wurde mitgemacht, weil die Hoffnung bestand, "dass sich dadurch etwas für die nächste Generation verbessert", und an dritter Stelle

dominierte die Auffassung, dass während des Projektes "viel angestoßen und bereits viel geschafft" wurde, aber "auch viel zu tun" bleibt. Eine überall gemachte Erfahrung ist, dass Politiker zwar wissen wollen, was die Jugend denkt, deren Ideen aber nicht in der Politik umsetzen; und, darüber hinaus, **Erwachsene**

Jugendlichen oft nicht richtig oder nur mit einem Ohr zuhören. Andererseits wurde aber auch bemerkt, dass Jugendliche nicht immer gut genug über ihre Teilnahmerechte und -chancen Bescheid wissen und sich auch oft nicht für die eigene Interessenvertretung interessieren.

Abschließend wurde festgehalten, dass verstärkt über Projekte im Lebensumfeld der Jugendlichen nachgedacht werden muss, da sich Jugendliche von institutionalisierten Projektformen nicht angezogen fühlen. Dabei würden vor allem die **finanziellen Mittel fehlen, nicht die Ideen.**

Am Vormittag des zweiten Tages, der unter dem Motto „Soziale Ausgrenzung überwinden? Jugendliche beteiligen!“ stand, bot jeder Projektstandort eine Arbeitsgruppe zu einem zuvor ausgewählten und vorbereiteten Thema an. Die gemeinsam von Jugendlichen und Erwachsenen vorbereiteten Arbeitsgruppen werden im Folgenden vorgestellt.

The Children's Society: "Capacity Building: Soll man soziale Netzwerke schaffen oder junge Menschen lehren sich anzupassen?"

In der Vorbereitung dieser Arbeitsgruppe hatten sich die englischen Jugendlichen darüber Gedanken gemacht, wie sie Integration und Ausgrenzung am besten darstellen könnten. Dabei waren sie auf die Idee gekommen, dass sie zu diesem Zweck gerne zwei Mauern bauen würden - eine, die sich aus Ausgrenzungs-, eine andere, die sich aus Integrationselementen zusammensetzt (siehe S. 15). Dadurch sollte die Vielschichtigkeit und der Prozesscharakter sowohl von "Integration" als auch von "Ausgrenzung" dargestellt werden.

Sich auf die beiden Mauern beziehend, wiesen die englischen Jugendlichen darauf hin, wie wichtig es sei, dass die **Anbieter sozialer Dienstleistungen vernetzter mit-**

einander arbeiten, da bereits sozial ausgegrenzte Jugendliche durch die mangelhafte Abstimmung der einzelnen Anbieter / Ämter untereinander noch zusätzlich diskriminiert werden. Insbesondere die Integrationsmauer sollte darstellen, dass soziale Ausgrenzung komplex ist: sobald ein Stück in der Mauer / im Netz, fehlt, bricht das Netz / die Mauer zusammen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde von den anwesenden Jugendlichen wiederholt betont,

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

wie schmerzlich und frustrierend sich wiederholende Erfahrungen des Ausschlusses aus verschiedenen sozialen Gruppen sind. Nachdem von Seite der Erwachsenen nachgefragt worden war, ob die Jugendlichen bereit seien, sich aktiv einzubringen, wurde darauf hingewiesen, **wie schwer es ist motiviert zu sein, wenn man kontinuierlich diskriminiert wird.**

Auf die Frage, ob Partizipationsstrategien im bestehenden System Erfolg versprechend sind oder aber ein grundsätzlicher Wandel nötig sei, kamen unterschiedliche Standpunkte zum Ausdruck, die mit „system-immanent“ und „systemüberwindend“ beschrieben sind. **„Systemimmanente“ Argumentationslinien** treten für eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen durch ein Engagement innerhalb der vorhandenen Strukturen ein, während die **„system-überwindende“ Analyse** eine grundsätzliche Restrukturierung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Systeme zum Ziel hat. Die Hauptthese dieser Analyse ist, dass wenn soziale Integration in den jetzigen Strukturen nicht funktioniert, sich die Strukturen ändern müssen. Tendenziell synthetisch wurde schließlich bemerkt, dass man die Strukturen im besten Fall über die aktive Beteiligung Jugendlicher verändert. Als wichtig erschien dabei u.a., dass man bleibt, wer man ist, anstatt sich bis zur Selbstaufgabe anzupassen.

ENAIP: „Ist Partizipation ein Weg zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung?“

In diesem Workshop waren ausschließlich Erwachsene. Als Einstiegsübung wurden

Bilder nachgestellt / nachgeahmt. Ein Beispiel sei hier herausgegriffen, und zwar „Der Schrei“ von Edvard Munch. Die Aufgabe bestand in der Betrachtung der Ausgrenzung von außen. Einzelne Resultate waren hier: Wir sind alle ausgegrenzt, als Beobachter von Bildern! Niemand hört zu! Da alle "Der Schrei" kennen, gibt es eine Verbindung. Ausgrenzung ist gegenseitig und führt zu Verlusten. Ausgegrenzte werden stigmatisiert. "Der Schrei" ist ein Schrei nach Hilfe. Der Ausgegrenzte ist verschwommen, die anderen haben die klaren Linien. Ein zweiter Schritt bestand darin, die Bilder möglichst so zu verändern, dass zwischen den jeweils vorhandenen Elementen eine Interaktion, eine

Verbindung entsteht. Anhand dieser Übung wurde festgestellt, dass die **Verbesserung der "Bilder" sich nicht über die Verschönerung einzelner Bildausschnitte realisieren lässt.**

Interkulturelles Kontaktbüro, Leipzig: „Soziale Einbindung von Jugendlichen in lokale Gestaltungsprozesse. Über den Versuch, die sozialen Netzwerke der Menschen im Stadtteil zu stärken“

Hier wurden verschiedene Projektansätze, gelungene und gescheiterte Beispiele, Möglichkeiten der Beteiligung, der Verhinderung von Ausgrenzung besprochen. Dabei stand im Vordergrund, was Jugendliche brauchen und fordern. So wurde ein Projektbeispiel geschildert, bei dem Jugendliche ihren eigenen Stadtteil mit der Aufgabe „besucht“ haben, Gärten und öffentlichen Plätzen Namen zu geben, um dadurch wahrnehmen zu können, wie sie ihre Umwelt wahrnehmen. Innerhalb der Diskussion wurde deutlich, **wie wichtig der Austausch von Erfahrungen zwischen den Generationen ist;** nur dadurch kann Veränderung beginnen. Dieser Erfahrungsaustausch fördert die Entwicklungschancen aller Beteiligten. Wichtig erschien darüber hinaus die Schaffung des richtigen Verhältnisses zwischen Jugendvertretung (repräsentativ) und Beteiligung an der Projektentwicklung (direkt). Schließlich wurde empfohlen, die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung zu nutzen, die entsprechenden **Projektvorschläge jedoch**

offen und modifizierbar zu halten, um sie auch für „Neuzugänge“ und neue Ideen zugänglich zu machen.

Interkulturelles Netzwerk, Lübeck: „In und out – wer, wie und warum im internationalen Vergleich“

Hier wurde zunächst ein Rollenspiel gemacht, dessen Ziel es war, Denkanstöße zum Thema „Ausgegrenztheit“ zu geben. Bei der Auswertung wurde Unterschiedliches bemerkt: während die Einbezogenen sich freundlich aufgenommen fühlten, herrschte bei den „Outsidern“ eher Ratlosigkeit. **"Die, die draußen stehen, fühlen sich isoliert"**. Isolation wurde denn auch als das eigentliche Problem bei sozialer Ausgrenzung

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

gesehen. **Toleranz wurde als „Gegenmittel“** bzw. Gegenüber zu sozialer Ausgrenzung gewertet. Ausgrenzung hat etwas mit unseren **festen Wertvorstellungen** zu tun. Diese ver-hindern Integration. Offenheit und Toleranz sind Voraussetzungen, um Ausgrenzung abzubauen. Gegen Ausgrenzung kann außerdem das **aktive Zuhören, das Vermitteln** zwischen unterschiedlichen Positionen - durch das Distanzen abgebaut werden - genauso bei-tragen wie eine gelernte Kritikfähigkeit. Die „Insider“ schließlich, so eine weitere Fest-stellung, haben Macht, sahen das aber nicht unbedingt als Vorteil.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden anschließend in das Plenum zurückgetragen.

Der Nachmittag wurde genutzt, um projekt-externe Kurzreferate zu dem Oberthema „Rahmenbedingungen erfolgreicher Beteili-gungsmodelle“ zu hören, die anschließend wiederum in Arbeitsgruppen vertieft wurden. Auch sie sollen hier vorgestellt werden.

Michael Crilly, Newcastle Civic Centre: „Soziale Ausgrenzung als Lernprozess – Methoden der Jugendforschung in Schweden, den Niederlanden und Großbritannien“

Hier wurde eine **Strategie für Nachbar-schaftserneuerung** vorgestellt, an der seit Anfang 2001 in Newcastle und anderen europäischen Städten gearbeitet wird. Ein wesentlicher Bestandteil der Strategie ist hier die aktive Einbeziehung Jugendlicher in die Erforschung sozialer Ausgrenzung, Nachbar-schaftsanalyse und dem Erarbeiten von Problemlösungsstrategien.

So wurden die im Projekt involvierten Jugendlichen auch durch eine ungewöhnliche Anzeige gewonnen, die explizit auf junge Menschen mit Erfahrungen in unterschied-lichen Bereichen sozialer Ausgrenzung ausgerichtet war. So wurden dann auch die zu behandelnden **Themen von den Jugendlichen selbst gewählt**.

Die wesentlichen Erkenntnisse der bisherigen Projektarbeit wurden anschließend vorgestellt und in der Folge diskutiert :

- Die **Netzwerke**, die Jugendliche haben (peer groups⁶⁵ einerseits, politische Kon-takte, Lobbying, Forschung andererseits) haben eine enorme Bedeutung. Diese Netzwerke müssen miteinander verknüpft werden / sein.
- Die **Haltungen** als Ausgangspunkt für Interaktion zwischen Jugendlichen und Institutionen sind wesentlich. Es bedarf einer Veränderung der attitudes (Hal-tung), der Kultur gegenüber ausgegrenz-ten Jugendlichen.
- Medien und Kunst werden als ideale Transportmittel für diese Themen gesehen.
- **Partizipation braucht Vertrauen** und Zeit, dieses aufzubauen. Partizipation braucht Anreize und Kontinuität. Auf-bauarbeit ist Netzwerkarbeit und capacity building zugleich.
- Die einzelnen sozialen Systeme müssen flexibler werden, um individuelle Situa-tionen besser einbinden zu können. Wie
- können Organisationen ihre Strukturen verändern, um flexibler zu werden?

Barry Percy-Smith, Solar, University College, Northampton: Partizipation und Story-Telling. „Welche demokratischen Rahmenbedingungen braucht es, was muss im System verändert werden?“

Hier wurde zunächst infrage gestellt, wie Planungs- und Forschungsvorhaben durch-geführt und generell Entscheidungen gefällt werden. Die grundlegende Frage sei, **wer soziale Normen und Standards setzt**. Jugendliche, so eine erste Hypothese, werden in diese grundsätzlichen Frage-stellungen gar nicht oder nicht hinreichend einbezogen. Entlang einzelner Beispiele von sozial ausgegrenzten Jugendlichen, die sich aktiv beteiligend aus der Situation der Aus-grenzung haben heraus bewegen können, wurden

⁶⁵ Der Begriff „peer“ (Gleichrangiger) wird verwendet, um sich auf eine Gruppe von Personen zu beziehen, die entweder auf Grund ihres Berufs (bspw. Lehrer) oder auf Grund ihrer Gruppierung in der Gemeinschaft (bspw. Jugendliche) die gleiche Stellung haben. Wird also der Begriff „peer education“ im Zusammenhang mit Jugendlichen verwendet bedeutet dies, dass Lehrmethoden und Lernverfahren eingesetzt werden, bei denen Jugendliche voneinander lernen, gegenseitig ihren Fortschritt bewerten und durch gemeinsames Lernen einen Mehrwert erfahren.

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

verschiedene Bedingungen gelingen-der Partizipation vorgestellt und diskutiert:

- Die **Bedeutung von Peer-groups** darf nicht unterschätzt werden.
- Es braucht eine offene, flexible Gesellschaft, ein **demokratisches Klima**.
- Der **Dialog** zwischen Erwachsenen und Jugendlichen als gleichberechtigte Partner ist wesentlich.
- Eine **Gelegenheitsstruktur** ist zu schaffen, die es Kindern und jungen Menschen erlauben würde, schon so früh wie möglich in ihrem täglichen Lebensumfeld zu partizipieren. Erwachsenen kommt dabei die Rolle zu, Entscheidungen zu moderieren, zu begleiten.
- Familien müssen in ihrem Zusammenhalt unterstützt werden.
- Weiterhin muss es zu einem **Mentalitätswandel** kommen, durch den die Beteiligung junger Menschen als etwas Positives, nicht als ein Problem angesehen würde.
- Soziale Ausgrenzung muss noch besser verstanden werden, wie sie funktioniert und welche entsprechenden regionalen und nationalen Politiken sie verlangt.

Gabriele Tomei, Universita' Degli Studi di Pisa: „Nachhaltige Ergebnissicherung bei Jugendprojekten“

Hier wurde über Beteiligungserfahrungen im italienischen kleinstädtischen Bereich berichtet, in dem **lokale unterstützende Strukturen nicht vorhanden** waren. Dies ist insofern von Bedeutung, als unterschiedliche Ausgangssituationen unterschiedliche Konzeptnotwendigkeiten erfordern. Hier wurde die beschriebene Erhebung in drei Phasen gegliedert: in einer ersten wurde eine Bestandsaufnahme gemacht, während derer klar wurde, dass die Jugendlichen die Schlüsselfiguren sind. Genauso wurde beobachtet, dass städtische Probleme meist auf 1-2 Viertel reduziert werden, wodurch es zu einem **Labelling** derer kommt, die in diesen Vierteln wohnen. In der zweiten Phase wurden Interviews durchgeführt und in einer dritten schließlich wurden Erwachsene, vor allem die Eltern, einbezogen. Die wichtigsten Erkenntnisse waren, dass für die Jugendlichen die Beteiligungserfahrung zwar bedeutend gewesen ist, aber schnell an Bedeutung verliert, wenn nicht

neue Beteiligungsprojekte folgen. Trotzdem war bei den einzelnen Individuen ein **Reifeprozess** zu beobachten.

Beate Vinke, Walberberg: “Beteiligung – die eigenen Interessen ins Spiel bringen. Anforderungen an PädagogInnen und Jugendliche“

Diese Arbeitsgruppe wurde auf der Grundlage folgender Ausgangshypothesen durchgeführt: **Partizipation erschöpft sich nicht in formaler Beteiligung**. Sie ist eine Haltung, die durch Dialog, Kooperation und Empathie gekennzeichnet ist. Die Jugendlichen selbst merken als erste, ob sie von Erwachsenen aus dieser Haltung heraus ernstgenommen werden oder ob sie zur Gewissensberuhigung „politisch korrekter“ Erwachsener benutzt werden.

Partizipation ist unbequem. Für die Erwachsenen, weil sie ihr Selbstverständnis als ExpertInnen infrage stellen und Macht abgeben müssen. Für Jugendliche, weil sie das eigene Leben selbstverantwortlich in die

Hand nehmen müssen. **Partizipation bringt persönlichen und gesellschaftlichen Gewinn**. Im Workshop wurde an der Frage gearbeitet, was Jugendliche und Erwachsene im partizipativen Miteinander voneinander erwarten. Dies wurde zunächst in der Gruppe der Jugendlichen und der Erwachsenen getrennt diskutiert und dann der jeweils anderen Gruppe anhand von (Körper)Bildern vorgestellt. Ein zentrales Ergebnis war, daß die **gegenseitigen Erwartungen sich kaum voneinander unterscheiden**. Im Mittelpunkt standen: Offenheit, Neugier und Interesse, der Respekt vor Unterschiedlichkeit und der

Wunsch, ernstgenommen zu werden. Wichtig ist es jedoch festzustellen, dass Jugendliche und Erwachsene nicht gleich sind, denn Letzere verfügen strukturell über mehr Macht, mit der sie achtsam und transparent umzugehen haben.

Im Plenum, in dem anschließend über die Arbeitsgruppen berichtet wurde, fasste Susanne Samelin (Interkulturelles Netzwerk), die Kriterien für eine gelungene Beteiligung folgendermaßen zusammen:

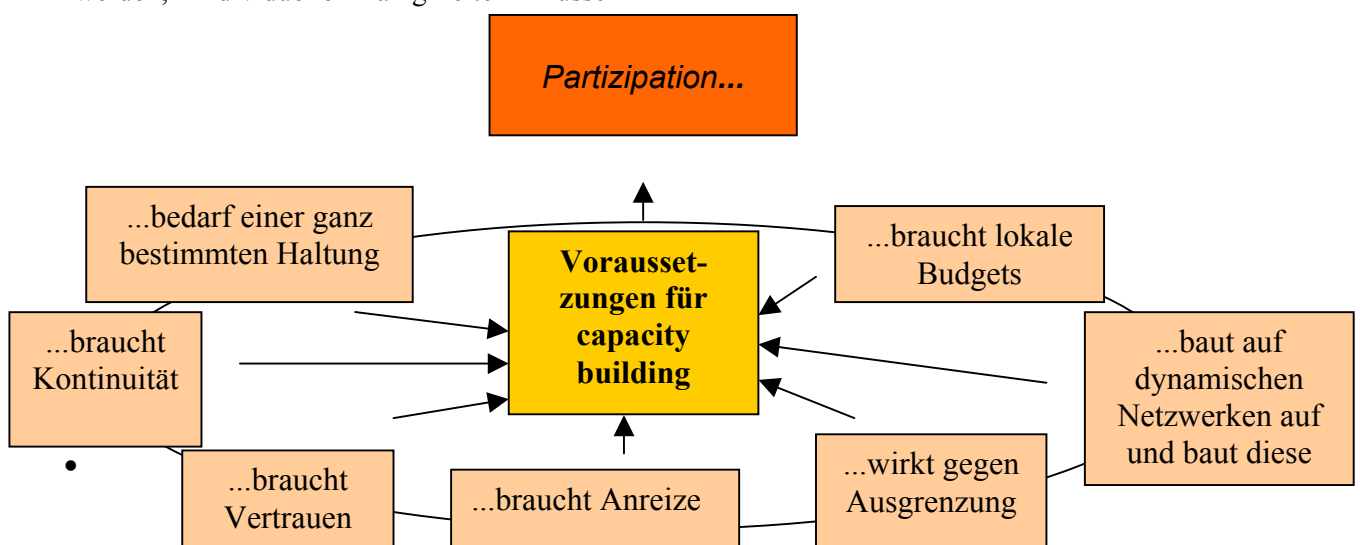
- Eine bestimmte **Haltung** von Jugendlichen und Erwachsenen hin zu gegenseitiger Offenheit und Toleranz muss vorhanden sein bzw. entwickelt werden.

Partizipation und Integration in Europa - Beteiligungsstrategien

- Die **Kommunikation und der Dialog** zwischen Jugendlichen und Erwachsenen muss gefördert und gefordert werden.
- **Strukturen** sind wesentlich: Netzwerke von Jugendlichen sowie die zwischen Politikern, Jugendlichen und Sozialarbeitern; es muss Unterstützung und Hilfe geben sowie eine angemessene Finanzierung. Schließlich sollte Jugendpartizipation als Mittel der Politikgestaltung anerkannt werden.
- **Individuelle Aspekte** (spezielle Situation vor Ort) müssen berücksichtigt werden: es muss auf den Einzelfall eingegangen und individuelle Partizipationskonzepte entwickelt werden; individuelle Fähigkeiten müssen

dabei gefördert und einbezogen werden. Genauso müssen aber auch die Jugendlichen motiviert sein.

Am Freitag Vormittag wurden die Ergebnisse des Projektes gebündelt. Zu diesem Zweck wurden zunächst einige wesentliche Punkte, die sich bis dahin im Laufe der Konferenz herauskristallisiert hatten, in das Plenum zurückgegeben.



Sandra Kröger (BAG EJSA) hat anschließend die **wesentlichen Ergebnisse der einjährigen Arbeit der Steuerungsgruppe** dargestellt. Zu diesem Zeitpunkt war es möglich festzustellen, dass diese **Ergebnisse denen der Konferenz sehr ähnlich** waren, wenngleich auf letzterer noch einige wichtige Punkte wie die der Haltung und der Peer Education hinzugekommen waren. Die Ergebnisse der Steuerungsgruppe sind außer in dieser Dokumentation auch unter www.yes-forum.org einsehbar.

In der sich anschließenden Diskussion wurde thematisiert, wie wichtig es sei, **so früh wie möglich Kinder einzubeziehen**. Anderenfalls sei zu befürchten, dass die erlebte Frustration von Jugendlichen im Laufe der Jahre so groß würde, dass Partizipation als „Lösungsmethode“ nicht mehr greifen würde. Weiterhin wurde an-gemerkt, dass wir uns

nicht nur auf die Methode der Partizipation begrenzen, son-derm mehr auf das Ziel von Partizipation achten sollten. **Warum Partizipation?** Es geht dabei allgemein um die Frage **gesellschaftlichen Zusammenhalts** und der **Erziehung hin zur Demokratie**. Erwachsenen kommt dabei auch die Rolle der **Sinnvermittlung** zu. Darüber hinaus gehört man dadurch, dass man sich beteiligt, zu einer Gemeinschaft, wird zu einem/r Staatsbürger/in, indem die eige-nen Rechte wahrgenommen werden. Allerdings kann man schlecht von Jugend-lichen erwarten, dass sie sich engagieren, wenn die Erwachsenen nicht als Vorbilder fungieren, was sehr oft der Fall ist. Ein Jugendlicher bemerkte, dass er die Konferenz sehr genossen habe, genauso wie auf Menschen zu treffen, die so denken wie er. Jetzt hoffe er, dass sich nach der Konferenz etwas verändern würde.

Abgeschlossen wurde die Konferenz durch eine von Rosie Edwards (The Children's Society) moderierten **Ge-sprächs-runde zu dem Thema „Integrationsstrategien zwischen öffentlicher Intervention und Selbstorganisation“**. Dazu waren Vertreter/innen verschiedener nationaler und europäischer Jugendorganisationen eingeladen. Diesen wurde zunächst die Möglichkeit eingeräumt sich vorzustellen.

Ulrike Wisser, BBJ - Brüssel, wies mit Blick auf die unterschiedlichen nationalen sozialwirtschaftlichen Traditionen darauf hin, dass dort, wo es viel staatliche Steuerung gibt, die Selbstorganisation geringer ist und umgekehrt. Bei Integrationsstrategien muss außerdem darauf geachtet werden, wofür die öffentliche Hand Mittel zur Verfügung stellt. Eine gute Chance, das Thema Partizipation weiterhin zu verfolgen, so ihre Einschätzung, ist durch das Weißbuch Jugend gegeben. Es hängt nun davon ab, was die Regionen und Kommunen damit machen, inwiefern sie diese Möglichkeit auch nutzen, um die EU sozialintegrativ zu gestalten. Damit ist aber noch nicht geklärt, was in den Zuständigkeitsbereich der EU gehört.

Fintan Farrel, vom Europäischen Armutsnetzwerk (EAPN), Brüssel, hielt zunächst fest, dass 62 Millionen Menschen in der EU in Armut leben, obwohl dies eine der reichsten Regionen der Welt ist. Deshalb ist "Social Inclusion" mittlerweile zu einem prioritären Thema der EU geworden. Über Partizipationsstrategien, so seine Auffassung, muss es zu sozialem Wandel kommen. Die Beteiligung aller Bürger/innen ist außerdem ein Weg, das unzureichende Vertrauen der Bürger/innen gegenüber den lokalen und nationalen Repräsentanten abzubauen. Dabei geht es vor allem um Machtfragen, da über Partizipation zu reden bedeutet, über Macht zu reden. Er wies des Weiteren auf den soeben begonnenen Verfassungskonvent hin, bei dem Giscard d'Estaing ein Statement zur Jugendbeteiligung gemacht hat. In Bezug auf das Thema „Soziale Integration“ empfahl er, auf den nächsten Nationalen Aktionsplan (2003) Einfluss zu nehmen, um dadurch die Lebensbedingungen von jungen Menschen zu verbessern. Abschließend bemerkte er, dass junge Menschen zwar die Zukunft gestalten wollen, aber oft geringes Selbstvertrauen

haben, da Erwachsene in sie geringes Vertrauen haben und ihnen zu wenig zutrauen.

Katy Orr, vom Europäischen Jugendforum, Brüssel, einer Vertretung von insgesamt 91 Mitgliedern, bestätigte, dass die erwähnte Konvention für junge Menschen Möglichkeiten bietet, sich zu beteiligen. Das European Youth Forum wird bei diesem Prozess eine moderierende Rolle einnehmen. Ebenso wurde auch hier die Bedeutung der peer education hervorgehoben. Partizipation, so ihre Überzeugung, muss sinnbehaftet sein und bereits in frühem Alter beginnen. Sie wies darauf hin, dass die Praktiken der Beteiligung national noch sehr unterschiedlich sind, dass bspw. Finnland und Norwegen viel höhere Partizipationsquoten als die anderen Länder aufweisen. Junge Menschen haben das niedrigste Einkommen in der Gesellschaft und sind daher sehr von der finanziellen und anderweitigen Unterstützung durch die Regierungen abhängig; sie wissen zudem nicht mit Geld umzugehen. Abschließend stellte sie mit Blick auf Integrationsstrategien beispielhaft ein portugiesisches Projekt vor, bei dem benachteiligte Jugendliche eine(n) MentorIn erhalten haben, der/die ihnen Unterstützung und Beratung gegeben hat. Dies hatte einen wesentlichen Einfluss auf die positive Entwicklung der lokalen Gemeinschaft.

Gerhard Lehwald, Leiter des Leipziger Kinderbüros e.V., betonte, dass man auf die individuellen Lebensläufe eingehen und dabei die Prozesshaftigkeit, das Hineinwachsen in Situationen sozialer Ausgrenzung im Auge haben muss. Er gab zur Veranschaulichung einige Beispiele von Jugendlichen, die immer wieder versucht haben, sich zu bewerben, sich zu erklären, und nicht wahr / ernst genommen wurden. Dadurch hat sich ein Gefühl der Unkontrollierbarkeit des eigenen Lebens entwickelt, aber auch ein Schuldgefühl, dass man selbst nicht kompetent sei, nicht die richtigen Worte gefunden habe, dass man auch in Zukunft nicht wird bestehen können. In den frühen Phasen der Kindheit, so seine Überzeugung, kann man noch etwas erreichen / verändern, Rückkoppelung und Strukturen geben.

In der abschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit gesehen, der eigenen Verantwortung für die (Weiter) Bildung der

Jugendlichen gerecht zu werden und in diesem Sinne die Sozialpolitik zu "überwachen". Ein grundsätzliches Problem sei, dass Politiker/innen Jugendliche nicht hinreichend einbinden. Als eine weitere Hürde wurden die momentan begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten gesehen und die Art und Weise, wie Finanzierungshilfen verteilt werden. Die öffentliche Hand kann, so eine Einschätzung, nicht allein die Antwort geben, die sich alle erhoffen, schon mal gar nicht in einer erweiterten Union, da in den Beitrittsländern die Probleme (der Jugendlichen) noch größer sind. Ein anderer Teilnehmer wies an dieser Stelle jedoch darauf hin, dass es bspw. in Polen und im Baltikum gute Jugendsozialarbeit gibt, von der wir viel lernen könnten. Es bestand anschließend Einigkeit darüber, dass die Verbreitung von Best practice sowie von peer education noch unzureichend ist und noch mehr voneinander gelernt werden müsste.

Weiterhin wurde die Frage nach dem Auswahlverfahren von repräsentierenden Jugendlichen gestellt; diese wurde dahingehend beantwortet, dass sich die Auswahl der Jugendlichen nach dem jeweiligen Projekt bzw. Thema zu richten hat.

Schließlich wurden im Laufe der Diskussion einige Vorschläge zur Umsetzung von Partizipationsstrategien gemacht. Diese

könnten nach Adressaten unterteilt werden, an die sie sich zuallererst wenden, sind gleichzeitig aber nur in einem gemeinsamen Konzert aller Beteiligten Erfolg versprechend:

- Den Jugendlichen eine Mitbestimmung bei Jugendbudgets zubilligen. Projekte durchführen, bei denen Jugendliche selbst die Hoheit über die Budgets haben
- Die Gründe von Ausgrenzung deutlich machen
- Die Interessen von Jugendlichen der Beitrittsländer einbeziehen
- Eine Übersicht über bisherige Erfahrungen erstellen
- Lernprozesse bei politischen EntscheidungsträgerInnen anregen
- Programm- und Projektvorschläge gegenüber der Europäischen Kommission erarbeiten
- Nationale Politiken beeinflussen, politische Empfehlungen geben
- Y.E.S. FORUM nutzen
- Jugendliche in die Vorbereitung zukünftiger Konferenzen noch stärker einbeziehen
- Die kommunale Finanzhaushalte flexibler gestalten
- Das Weißbuch "Jugend" nutzen
- Städtepartnerschaften aktivieren.

Nach dem Ende der Diskussion bedankte sich Sandra Kröger bei den Jugendlichen, Dolmetschern, Projektpartnern und KollegInnen der BAG EJSA für ihre Mitarbeit und Unterstützung. Genauso hatten die weiteren Mitglieder der Steuerungsgruppe die Möglichkeit, einige abschließende Worte an das Plenum zu richten, wonach die Konferenz beendet wurde.

Neben dem offiziellen Programm bestand während der gesamten Zeit die Möglichkeit, auf an den Wänden festgemachten Papierrollen Ideen zu den unterschiedlichen Themen „Soziale Ausgrenzung“, „Integration“, „Partizipation“ und „Strategieempfehlungen“ festzuhalten. Die dort geäußerten Vorstellungen sind im Anhang dokumentiert.

SANDRA KRÖGER,

BAG EJSA

V - Involvierte Personen

Steuerungsgruppe

Peggy Diebler (Ökumenische Sozialstation)
Rosie Edwards (The Children's Society)
Michael Klein (Internationaler Bund)
Sandra Kröger - Projektleitung (BAG EJSA)
Christoph Lang (Interkulturelles Kontaktbüro)
Monika Pietzsch - Sekretariat (BAG EJSA)
Susanne Samelin (Interkulturelles Netzwerk)
Mirco Trielli (En.A.I.P.)

Jugendliche

Katrin-Elisabeth Albert, Raymond Atkinson, Rachael Bennett, Cassandra Blake, Eileen Böhmke, Rebecca Borraccini, Lesley Davies, Daniele Davini, Daniela Dini, Marvin Edwards, Stefano Guidi, Nicke Johnston, Jenny Kermes, Carol Larne, Claudia Laszig, Manuela Martens, Cal McKenna, Rebecca Narducci, Jennifer-Chantal Niemann, Andrea Paolinelli, Beatrice Schäckel, Carl Slater, Ann Marie Smith, Matteo Tronchetti.

Übersetzungen

Carsten Mohr
Bernadette Paulo Iga

Dank

Des weiteren bedankt sich die Projektleitung für die gute und unterstützende Zusammenarbeit bei: Alessandro Borelli, Roberto Donati, Michael Fähndrich, Doris Lobatz, Carol McCauley, Hans Steimle, Jane Thompson, Thomas Vollmer.